



Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

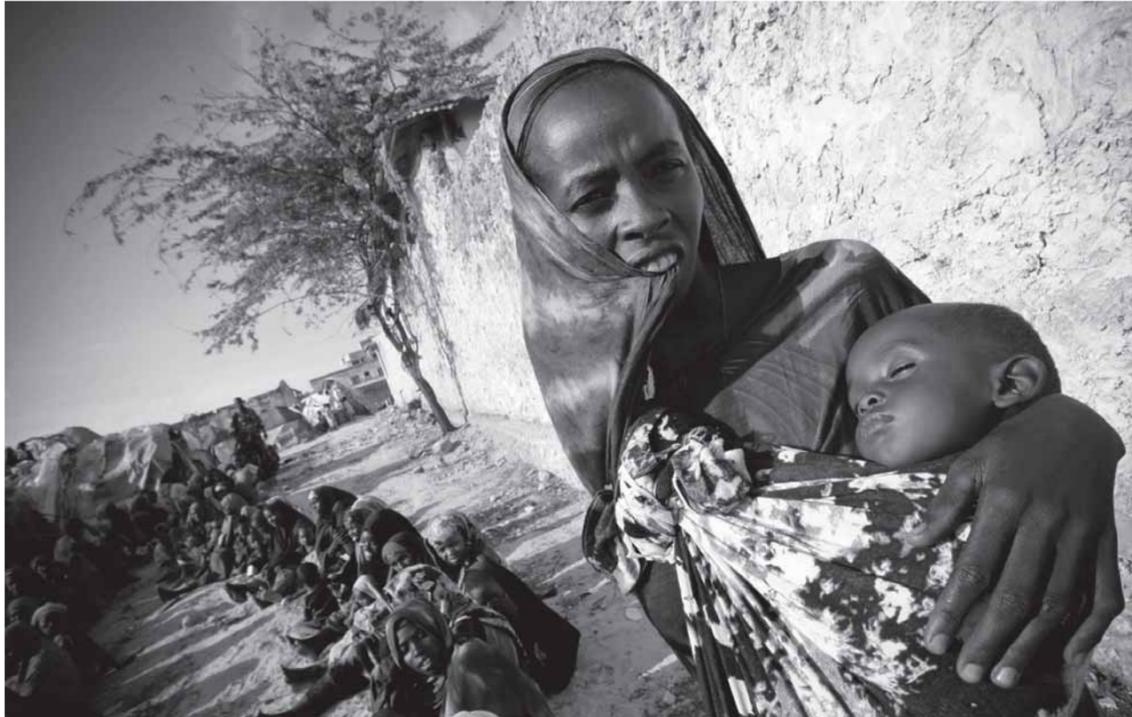
Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

34. Jahrgang
Nr. 3 – 2011
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Afrika will keine Atomwaffen	2
Libyen: Wessen Sieg ist der Sieg?	3
Isreal: Der Aufstand von Bibis Sklaven	4
Wächter der Apokalypse	5
Vietnam: Wunden, die nicht heilen	6
9/11: Fragen, die bleiben	7
Vo Nguyen Giap: General und Friedenskämpfer	8



In Erwartung medizinischer Hilfe durch die AMISOM, einer regionalen Friedensmission der Afrikanischen Union, die in Somalia mit Unterstützung der Vereinten Nationen betrieben wird. Die schwere Dürre, welche grosse Teile des Horns von Afrika verwüstet hat, machte allein in Somalia 11 Millionen Menschen von humanitärer Hilfe abhängig. Foto UN/Stuart Price

Deutsch und deutlich Jean Ziegler

Der Aufstand des Gewissens

Jean Ziegler hätte in Salzburg die Eröffnungsrede für die diesjährigen Festspiele halten sollen. Die Mächtigen, die der ehemalige SP-Nationalrat und UNO-Sonderberichterstatter in seinen Schriften immer wieder anprangert, wollten sich aber keinen Spiegel vorhalten lassen und luden Ziegler wieder aus. Mit ausdrücklicher Genehmigung unseres Genfer Streitgenossen drucken wir hier nach, was den VIPs aus Finanz und Wirtschaft entgangen ist.

Von Jean Ziegler

Sehr verehrte Damen und Herren, alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren. 37 000 Menschen verhungern jeden Tag und fast eine Milliarde sind permanent schwerstens unterernährt. Und derselbe World-Food-Report der FAO, der alljährlich diese Opferzahlen gibt, sagt, dass die Weltlandwirtschaft in der heutigen Phase ihrer Entwicklung problemlos das Doppelte der Weltbevölkerung normal ernähren könnte. Schlussfolgerung: Es gibt keinen objektiven Mangel, also keine Fatalität für das tägliche Massaker des Hungers, das in eisiger Normalität vor sich geht. Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet.

Gestorben wird überall gleich. Ob in den somalischen Flüchtlingslagern, den Elendsvierteln von Karachi oder in den Slums von Dhaka, der Todeskampf erfolgt immer in denselben Etappen. Bei unterernährten Kindern setzt der Zerfall nach wenigen Tagen ein. Der Körper braucht erst die Zucker-, dann die Fettreserven auf. Die Kinder werden lethargisch, dann immer dünner. Das Immunsystem bricht zusammen. Durchfälle beschleunigen die Auszehrung. Mundparasiten und Infektionen der Atemwege verursachen schreckliche Schmerzen.

Dann beginnt der Raubbau an den Muskeln. Die Kinder können sich nicht mehr auf den Beinen halten. Ihre Arme baumeln kraftlos am Körper. Ihre Gesichter gleichen Greisen. Dann folgt der Tod.

Die Umstände jedoch, die zu dieser tausendfachen Agonie führen, sind vielfältig und oft kompliziert.

Ein Beispiel: die Tragödie, die sich gegenwärtig (Juli 2011) in Ostafrika abspielt. In den Savannen, Wüsten, Bergen von Äthiopien, Djibouti, Somalia und Tarkana (Nordkenia) sind 12 Millionen Menschen auf der Flucht. Seit fünf Jahren gibt es keine ausreichende Ernte mehr. Der Boden ist hart wie Beton. Neben den trockenen Wasserlöchern liegen die verdursteten Zebu-Rinder, Ziegen, Esel und Kamele. Wer von den Frauen, Kindern, Männern noch Kraft hat, macht sich auf den Weg in eines der vom UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge und vertriebene Personen eingerichteten Lager.

Das Geld fehlt

Zum Beispiel nach Dadaad, auf kenianischem Boden. Dort drängen sich seit drei Monaten über 400.000 Hungerflüchtlinge. Die meisten stammen aus dem benachbarten Südsomalia, wo die mit Al-Quaida verbundenen fürchterlichen Chebab-Milizen wüten.

Seit Juni treten täglich rund 1500 Neuankömmlinge aus dem Morgennebel. Platz im Lager gibt es schon lange nicht mehr. Das Tor im Stacheldrahtzaun ist geschlossen. Vor dem Tor führen die UNO-Beamten die Selektion durch: Nur noch ganz wenige – die, die eine Lebenschance haben – kommen hinein. Das Geld für die intravenöse therapeutische Sondernahrung, die ein Kleinkind, wenn es nicht zu sehr geschädigt ist, in 12 Tagen ins Leben zurück bringt, fehlt.

Das Geld fehlt. Das Welternährungsprogramm, das die humanitäre Soforthilfe leisten sollte, verlangte am 1. Juli für diesen Monat einen Sonderbeitrag seiner Mitgliedstaaten von 180 Millionen Euro. Nur 62 Millionen kamen herein. Das normale WPF (World-Food-Programm) Budget betrug 2008 sechs Milliarden Dollar. 2011 liegt das reguläre Jahresbudget noch bei 2,8 Milliarden.

Kein Geld für humanitäre Hilfe

Warum? Weil die reichen Geberländer – insbesondere die EU-Staaten, die USA, Kanada und Australien – viele tausend Milliarden Euro und Dollars ihren einheimischen Bank-Halunken bezahlen mussten: zur Wiederbelebung des Interbanken-Kredits zur Rettung der Spekulations-Banditen. Für die humanitäre Soforthilfe (und die reguläre Entwicklungshilfe) blieb und bleibt praktisch kein Geld.

Wegen des Zusammenbruchs der Finanzmärkte sind die Hedgefonds und andere Gross-Spekulanten auf die Agrarrohstoffbörsen (Chicago Com-

Fortsetzung Seite 2

Agent Orange – 50 Jahre danach

Endlose Tragödie

Am 10. August 1961 führte die US-Luftwaffe die ersten Sprühflüge mit Entlaubungsmitteln über vietnamesischem Territorium durch, unter anderem mit dem dioxinhaltigen «Agent Orange». In diesem Jahr erinnert Vietnam mit vielfältigen Veranstaltungen an den 50. Jahrestag dieses Ereignisses. Auch «Unsere Welt» hat immer wieder auf die Spätfolgen des Chemie-Einsatzes hingewiesen. In dieser Nummer dokumentieren wir nachstehend einen Text von europäischen Solidaritätsorganisationen und im Innern der Ausgabe einen Bericht unserer Friedensfreundin Margrit Schlosser aus Hanoi.

Der Vietnamkrieg (1961–1975) ist bekannt für die massiven Bombardements auf Nordvietnam. Noch heimtückischer war der von der Öffentlichkeit lange Zeit nicht beachtete chemische Krieg, der von 1961 bis 1971 im Süden dramatische, bis heute andauernde Wirkungen verursachte. Es handelt sich dabei um eine Umweltzerstörung grössten Ausmasses und eine menschliche Katastrophe vielfältiger Art mit Auswirkungen auf Gesundheit, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, jetzt schon in der dritten Generation.

Die Regierung der Vereinigten Staaten und die Firmen, die diese chemischen Produkte hergestellt haben, leugnen jegliche Verantwortung. Aber dabei darf es nicht bleiben.

Am 16. Juni 2010 hat in Hanoi die Dialoggruppe USA-Vietnam¹ ihren vierten Bericht veröffentlicht, der aus zwei Teilen besteht, einer Erklärung und einem Aktionsplan.

Die Erklärung nimmt kein Blatt vor den Mund und bricht mit der bislang üblichen sprachlichen Zurückhaltung. Sie begrüsst die Anstrengungen, welche Vietnam seit 1980 unternommen hat, um selbst gegen die Folgen dieser Versprühungen anzukämpfen und erinnert daran, dass es auch bescheidene humanitäre Hilfe von Nichtregierungsorganisationen gegeben hat, unter ihnen der Ford-Stiftung.

Der Plan, der im zweiten Teil erläutert wird, gibt als Bedarf für die Aktivitäten die Summe von 300 Mio. USD an, die in Jahresraten von 30 Mio. aufgebracht werden müssen. Die Aufzählung der einzelnen Aufgaben, die in dieser Zeit zu lösen sind, ist vier Seiten lang. Das Programm ist ehrgeizig, und man kann Zweifel hegen, dass 300 Millionen ausreichen werden, es durchzuführen.

Allerdings hat die Dialoggruppe keinerlei Entscheidungsbefugnis und

Fortsetzung Seite 6

Rätsel, Ratten und Rating...

Im Zusammenhang mit der sogenannten Eurokrise war in letzter Zeit wieder öfters von Ratingagenturen die Rede.

Rating ist englisch und bedeutet soviel wie Einstufung, hat viel mit Rätselrat(t)en und nichts mit Rettung zu tun.

Ratingagenturen sind private gewinnorientierte Unternehmen, welche gewerbmässig die Bonität sowohl von Unternehmen als auch von Staaten bewerten. Die Bonität soll Auskunft über die Zahlungsfähigkeit eines Schuldners geben. Auftraggeber können beide Seiten sein; Investoren oder Schuldner, Spekulanten oder Produzenten. Die Bewertung der Bonität hat entscheidend Einfluss auf die Finanzen eines Unternehmens. Gute Bonität bedeutet viel Kredit zu tiefem Zins und schlechte Bonität heisst wenig Kredit zu hohem Zins. Die dadurch entstehen Interessenkonflikte führen immer wieder zu spektakulären Fehlaussagen mit katastrophalen Folgen. Das Zurückhalten von Informationen, Bilanzfälschungen, Manipulationen und andere Betrugsfälle begleiten die Geschichte dieser Agenturen systematisch. So haben etwa die weltweit führenden vier (US-amerikanischen) Agenturen, mit auf Bilanzfälschungen basierenden Rückstufungen zur Insolvenz des Energiekonzerns Enron und 60 Milliarden Dollar Börsenverlust geführt. Wer davon profitiert hat wissen wir nicht. Die Gerichtsakten sind am 9/11 zusammen mit dem World Trade Center 7 in Schutt und Asche verschwunden...

Nun haben dieselben Agenturen in den letzten Monaten, Irland, Portugal und massiv Griechenland in der Bonität herabgestuft. Die Folgen im Alltag sind einschneidend. Arbeitszeitverlängerung, Lohnkürzungen, Stellenabbau und Pensionskassenverluste zeigen, wer zur Kasse gebeten wird, nicht aber, wer letztendlich das Geld einsackt.

Die Schweizerischen Friedensbewegung ist zum Glück von den Ratingagenturen nicht abhängig. Ihre Spende sacken wir ein, um die Herausgabe von «Unsere Welt» für das nächste Jahr zu sichern.

Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PostFinance Konto 40-1627-7

Ruedi Moser, Sekretär SFB



Jean Ziegler im Oktober 2006 als UNO-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung vor dem Menschenrechts-Rat in Genf. Foto UN/Pierre-Michel Viot

Fortsetzung von Seite 1

modity Stock Exchange, u. a.) umgestiegen. Mit Termingeschäften, Futures, etc. treiben sie die Grundnahrungsmittelpreise in astronomische Höhen.

Die Tonne Getreide kostet heute auf dem Weltmarkt 270 Euro. Ihr Preis lag im Jahr zuvor genau bei der Hälfte. Reis ist um 110% gestiegen. Mais um 63%.

Was ist die Folge? Weder Äthiopien, noch Somalia, Djibouti oder Kenia konnten Nahrungsmittelvorräte anlegen – obschon die Katastrophe seit fünf Jahren voraussehbar war. Dazu kommt: Die Länder des Horns von Afrika werden von ihren Auslandsschulden erdrückt. Für Infrastrukturinvestitionen fehlt das Geld. In Afrika südlich der Sahara sind lediglich 3,8% des bebaubaren Bodens künstlich bewässert. In Wollo, Tigray und Shoa auf dem äthiopischen Hochland, in Nordkenia und Somalia noch weniger.

Die Dürre tötet ungestört. Diesmal wird sie viele Zehntausende töten.

Viele der Schönen und der Reichen, der Grossbankiers und der Konzernmogule dieser Welt kommen in Salzburg zusammen. Sie sind die Verursacher und die Herren dieser karnibalen Weltordnung.

Was ist mein Traum? Die Musik, das Theater, die Poesie – kurz: die Kunst – transportieren die Menschen jenseits ihrer selbst. Die Kunst hat Waffen, welche der analytische Verstand nicht besitzt: Sie wühlt den Zuhörer, Zuschauer in seinem Innersten auf, durchdringt auch die dickste Betondecke des Egoismus, der Entfremdung und der Entfernung. Sie trifft den Menschen in seinem Innersten, bewegt in ihm ungeahnte Emotionen.

Defensiv-Mauer der Selbstgerechtigkeit

Und plötzlich bricht die Defensiv-Mauer seiner Selbstgerechtigkeit zusammen. Der neoliberale Profitwahn zerfällt in Staub und Asche. Ins Bewusstsein dringt die Realität, dringen die sterbenden Kinder. Wunder könnten in Salzburg geschehen: Das Erwachen der Herren der Welt. Der Aufstand des Gewissens! Aber keine Angst, dieses Wunder wird in Salzburg nicht geschehen! Ich erwache. Mein Traum könnte wirklichkeitsfremd nicht sein! Kapital ist immer und überall und zu allen Zeiten stärker als Kunst. «Unsterbliche gigantische Personen» nennt Noam Chomsky die Konzerne.

Vergangenes Jahr – laut Weltbankstatistik – haben die 500 grössten

Privatkonzerne, alle Sektoren zusammen genommen, 52,8% des Welt-Bruttosozialproduktes, also aller in einem Jahr auf der Welt produzierten Reichtümer kontrolliert. Die total entfesselte, sozial völlig unkontrollierte Profitmaximierung ist ihre Strategie. Es ist gleichgültig, welcher Mensch an der Spitze des Konzerns steht.

Es geht nicht um seine Emotionen, sein Wissen, seine Gefühle. Es geht um die strukturelle Gewalt des Kapitals. Produziert er dieses nicht, wird er aus der Vorstands-Etage verjagt. Gegen das eherne Gesetz der Kapitalakkumulation sind selbst Beethoven und Hofmannsthal machtlos.

«L'art pour l'art» hat Théophile Gautier Mitte des 19. Jahrhunderts geschrieben. Die These von der autonomen, von jeder sozialen Realität losgelösten Kunst, schützt die Mächtigen vor ihren eigenen Emotionen und dem eventuell drohenden Sinneswandel.

Die Hoffnung liegt im Kampf der Völker der südlichen Hemisphäre, von Ägypten und Syrien bis Bolivien, und im geduldigen, mühsamen Aufbau der Radikal-Opposition in den westlichen Herrschaftsländern. Kurz: in der aktiven, unermüdlichen, solidarischen, demokratischen Organisation der revolutionären Gegengewalt.

Es gibt ein Leben vor dem Tod. Der Tag wird kommen, wo Menschen in Frieden, Gerechtigkeit, Vernunft und Freiheit, befreit von der Angst vor materieller Not, zusammenleben werden.

Mutter Courage, aus dem gleichnamigen Drama von Bertolt Brecht, erklärt diese Hoffnung ihren Kindern:

Es kommt der Tag, da wird sich wenden

Das Blatt für uns, er ist nicht fern. Da werden wir, das Volk, beenden Den grossen Krieg der grossen Herrn.

Die Händler, mit all ihren Bütteln Und ihrem Kriegs- und Totentanz Sie wird auf ewig von sich schütteln Die neue Welt des g'meinen Manns. Es wird der Tag, doch wann er wird, Hängt ab von mein und deinem Tun. Drum wer mit uns noch nicht marschiert,

Der mach' sich auf die Socken nun.

Ich danke Ihnen!

Die Rede Zieglers («Der Aufstand des Gewissens») erschien im Salzburger Ecowin-Verlag, Fr. 3.90. Zu beziehen bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, 061 261 02 89 oder bucherwaser@bluewin.ch

Statt «Apartheid-Bombe» kernwaffenfreie Zone

Afrika will keine Atomwaffen

Vor 15 Jahren unterzeichneten die Vertreter von 45 Staaten in Kairo den «Vertrag über die Afrikanische Kernwaffenfreie Zone» (Pelindaba-Vertrag). Sie vollzogen damit einen historischen Schritt, denn noch wenige Jahre zuvor hatten afrikanische Politiker angesichts der nuklearen Ambitionen Südafrikas das Projekt einer «schwarzen Bombe» favorisiert.

Von Wolfgang Kötter

Viele Staaten sahen in Pretoria das Haupthindernis für die Alternative eines kernwaffenfreien Afrikas, das die Organisation für Afrikanische Einheit OAU bereits im Jahre 1964 als Ziel deklariert hatte. Das Misstrauen war durchaus berechtigt, wie sich später herausstellen sollte. Immer wieder beklagten nicht nur afrikanische Staaten die nukleare Kollaboration vor allem Israels mit Südafrika. Know-how und Expertentraining gegen südafrikanisches Uran bzw. die Nutzung von Raketentestgeländen lautete zumeist der Deal. Erst durch einen mysteriösen Blitz, den der US-amerikanische Überwachungssatellit VELA im September 1979 über dem Südatlantik beobachtete, wurde die Welt aufgeschreckt.

Trotz intensiver Untersuchungen konnte bis heute der Verdacht, es habe sich um einen geheimen Nukleartest gehandelt, weder eindeutig bestätigt noch widerlegt werden. Nach Überwindung der Rassentrennung erklärte der damalige südafrikanische Präsident de Klerk am 24. März 1993 dem überraschten Parlament, das Land habe seit 1974 insgesamt sechs Atomspengsätze produziert. Die seien aber angesichts der sicherheitspolitischen Veränderungen mit allen Unterlagen und Produktionseinrichtungen unter internationaler Kontrolle vernichtet oder friedlicher Nutzung zugeführt worden. Im selben Jahr trat Südafrika dem Kernwaffensperrvertrag bei und öffnete vertragsgemäss seine Nuklearanlagen für die Inspektoren der Internationalen Atomenergieorganisation IAEA. Mit dem Verzicht Südafrikas war eine der mächtigsten Barrieren für ein atomwaffenfreies Afrika aus dem Weg geräumt.

Auf diesen Schritt reagierten andere afrikanische Staaten – Tansania, Sambia und Simbabwe – ebenfalls mit dem Beitritt zum Kernwaffensperrvertrag. Ein drohendes nukleares Wettrüsten auf dem afrikanischen

Kontinent wurde so verhindert und das Vorhaben einer «schwarzen Bombe» ad acta gelegt.

Damit eröffneten sich neue Chancen für ein kernwaffenfreies Afrika. Bei den afrikanischen Eliten brach sich nach und nach die Erkenntnis Bahn, dass nur mit den notwendigen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen das Interesse an Nuklearwaffen beseitigt und die Gefahr dauerhaft gebannt werden würde. Multilaterale, kooperative Denuklearisierung und nicht ein Pokern mit eigenen Atomwaffen war also das Erfolgsrezept.

Weitere Voraussetzungen begünstigten das Vorhaben: Obwohl Afrika der zweitgrösste Kontinent ist, betreiben nur fünf Staaten – Algerien, Ägypten, Libyen, Südafrika und Zaire – Kernreaktoren; alle standen unter IAEA-Kontrolle. Nukleartests fanden seit den frühen sechziger Jahren in Afrika nicht mehr statt. Bei den Verhandlungen in Pelindaba, dem Ort des ehemaligen südafrikanischen Atomwaffenprogramms, kam es also nur darauf an, den de-facto kernwaffenfreien Status in völkerrechtlich verbindliche Normen und Verhaltensregeln umzusetzen.

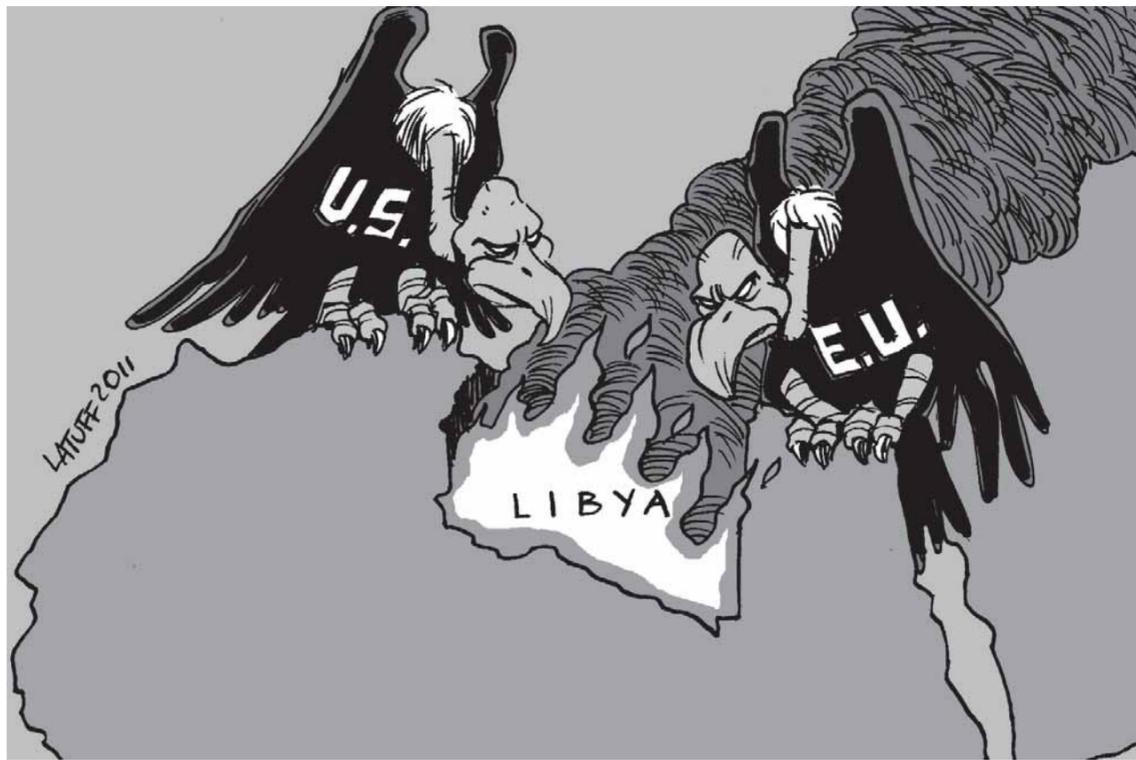
Das Abkommen trat in Kraft, nachdem Burundi es am 15. Juli 2009 als 28. Staat ratifiziert hatte. Wie auch in gleichartigen Projekten anderer Regionen verbietet der Vertrag die Produktion, den Erwerb, die Anwendung, Erprobung, Entgegennahme, Lagerung und Stationierung von Kernwaffen in der Region und den angrenzenden Seegebieten. Die Partner werden zur ausschliesslich friedlichen Kernenergienutzung verpflichtet und dürfen sich nicht an militärisch orientierten Nuklearaktivitäten in anderen Ländern beteiligen. Die inzwischen 30 Mitgliedstaaten tragen ausserdem der afrikanischen Spezifik Rechnung und erklären ausdrücklich, keine Kernwaffenforschung zu betreiben und vorhandene Atomwaffen beseitigt zu haben. Darüber hinaus werden strikte Massnahmen des physischen Schutzes für Nuklearmaterial verlangt und Angriffe auf kerntechnische Anlagen verboten.

Die Kontrollen führen die IAEA und die Afrikanische Nuklearenergiekommission AFCONE gemeinsam durch. Die Verklappung von radioaktivem Müll und Angriffe auf kerntechnische Anlagen werden verboten. Der Vertrag untersagt darüber hinaus alle Nuklearexporte an Nichtkernwaffenstaaten, in denen nicht die gesamten kerntechnischen Aktivitäten von der IAEA überwacht werden. Russland hat – wie vorher bereits China, Frankreich und Grossbritannien – im vergangenen Juni zwei Zusatzprotokolle ratifiziert. Darin verpflichten sich die Kernwaffenstaaten, die Zone nicht mit Atomwaffen anzugreifen und dort auch keine Nukleartests durchzuführen. Die US-Regierung hat angekündigt, die Protokolle dem Senat zur Ratifizierung vorzulegen.

Neben Afrika existieren kernwaffenfreie Zonen auch in Lateinamerika und der Karibik, dem Südpazifik sowie in Südost- und Zentralasien. Da auch die Antarktis vertraglich kernwaffenfrei ist, wurde mit dem Inkrafttreten des Pelindaba-Vertrages die gesamte südliche Hemisphäre von Atomwaffen befreit. Im Norden hingegen bleibt für dieses Ziel noch viel zu tun. (Quelle: Neues Deutschland)



Welthungerkarte des UN-Welternährungsprogrammes WFP. 2011 hofft WFP mehr als 80 Millionen Menschen in über 70 Ländern mit Ernährungshilfe unterstützen zu können. Über 10 000 Mitarbeiter sind für WFP im Einsatz, die meisten von ihnen leisten in entlegenen Gebieten direkte Hilfe an hungernde Menschen. Infos zum WFP und seiner Tätigkeit über www.wfp.org/de



Im Libyen-Krieg geht es um materielle Ziele

Sieger und Verlierer

Freude über das Ende der Kämpfe, aber keine Freude über den Sieg der NATO und vor allem Sorge um Zukunft der UNO äussern die Sprecher des deutschen Friedensratschlages, Lühr Henken und Peter Strutynski, in einer ersten Stellungnahme zur voraussichtlichen Übernahme der Regierungsgewalt in Libyen durch Rebellenverbände. Wir dokumentieren ihren Text vom 22. August 2011.

Sollten die libyschen Rebellenorganisationen nun auch in der Hauptstadt Tripolis die Kontrolle und Macht übernehmen oder bereits übernommen haben, so ist zu hoffen, dass die Kämpfe auch schnellstens beendet werden. Grosse Sorge besteht hinsichtlich drohender Rache- und Vergeltungsakte der «Sieger» über die Anhänger des gestürzten Machthabers Gaddafi. Der Krieg hat bisher schon zu vielen Menschen – auf allen Seiten – das Leben gekostet, Hunderttausende zur Flucht getrieben, grosse Teile der Infrastruktur des Landes zerstört.

Meldungen, wonach «die Rebellen» über das Gaddafi-Regime gesiegt hätten, entbehren jeglicher Grundlage. Es war die NATO, die das militärisch nicht eben starke Land sturmreif geschossen hat. Vom 31. März bis zum 21. August hat die NATO 19 751 Einsätze geflogen; wie viele Angriffe bereits am 19. März) ist nicht bekannt. Der Krieg gegen das Regime Gaddafi hat über fünf Monate gedauert, doppelt so lang wie der NATO Krieg gegen Jugoslawien im Frühjahr 1999. Damals hatten unter dem Schutz der NATO-Bomber die UCK-Kämpfer die Gewalt über die serbische Provinz Kosovo errungen.

Freude über den militärischen Sieg der NATO kann in den Reihen der Friedensbewegung nicht aufkommen. Dazu sind den Bombenangriffen der NATO eine zu grosse Zahl von Zivilpersonen zum Opfer gefallen, Häuser, Schulen, Rundfunkstationen und andere Infrastruktureinrichtungen zerstört worden. Noch vor wenigen Tagen starben bei NATO-Angriffen auf das Dorf Majer 85 Bewohner, darunter Frauen und Kinder. Wie in solchen Fällen üblich erklärte ein Sprecher der NATO, das bombardierte Dorf stellte «einen militärischen Sammelplatz» dar und die NATO habe «zur Stunde keine Beweise für irgendwelche zivilen Opfer». Am 8. August hat die UNESCO sich darüber beschwert, dass bei einem Luftangriff auf eine Übertragungsanstalt des libyschen Fernsehens drei Medienmitarbeiter getötet und 21 Menschen verletzt wurden. Gewalt gegen Journalisten und Medienmitarbeiter ver-

stossen gegen internationales Recht, insbesondere gegen die Resolution des UN-Sicherheitsrats 1738 (2006). Doch auch darin hat die NATO Erfahrung: Im Jugoslawienkrieg 1999 wurde die Rundfunk- und Fernsehstation in Belgrad bombardiert. Da die NATO keinerlei Angaben über Opfer auf libyscher Seite macht, dringen nur sporadisch Meldungen über sog. «Kollateralschäden» unter der Zivilbevölkerung durch. Bekannt wurde z.B. der Fall eines Familienvaters, der am 20. Juni seine Angehörigen bei einem NATO-Luftangriff auf die libysche Stadt Sorman verloren hatte und eine Klage gegen die NATO einreichte. Bei dem Angriff auf das Wohnhaus waren insgesamt 15 Menschen getötet worden. Mitte Juli hatte die libysche Regierung die bis dahin getöteten Zivilpersonen auf 1 108 beziffert.

Der Krieg der NATO zielte von Anfang an auf den Sturz des libyschen Machthabers Gaddafi. Der «Schutz der Zivilbevölkerung» war lediglich ein Vorwand, diesen Krieg zu führen. In Wahrheit ging und geht es der «westlichen Wertegemeinschaft» um materielle und strategische Ziele:

1. Eine neue, neoliberal ausgerichtete libysche Regierung befreit die westlichen Erdöl- und Erdgaskonzerne von den Verträgen mit Gaddafi, die dem Regime durchschnittlich 89 Prozent der Einnahmen zuführten.

2. Eine neue Regierung der «Rebellen», die in der Schuld ihrer westlichen Schutzmächte steht, eröffnet multinationalen Wasserkonzernen die Möglichkeit, sich an der Vermarktung des noch in Staatsbesitz befindlichen Nubischen Aquifer zu beteiligen. Dieses grösste Frischwasserreservoir der Welt unter der libyschen Wüste ermöglicht die komplette Wasserversorgung des Landes mit einer Reichweite von ca. 5 000 Jahren. Der Wert des Wassers liegt beim Fünffachen des Werts des Erdöls und Erdgases.

3. Mit der Beseitigung Gaddafis verschwindet ein wichtiger Motor der afrikanischen Einigung, die auf eine ökonomische Selbständigkeit des schwarzen Kontinents abzielt – unabhängig vom internationalen Währungsfonds und den Petrodollars.

4. Darüber hinaus könnte eine westlich orientierte neue libysche Regierung helfen, den Einfluss Chinas in Afrika zurückzudrängen. China in-

vestiert in Libyen mehr als in den anderen afrikanischen Staaten. Der Westen sieht in der chinesischen Konkurrenz eine Bedrohung des eigenen Einflusses und der Profitquellen westlicher Konzerne.

Eine prowestliche Regierung in Libyen eröffnet für Grossbritannien und die USA die Möglichkeit, wieder – wie unter der Herrschaft des libyschen Königs vor 1969 – Militärstützpunkte einzurichten.

Die Kriegshandlungen gegen Libyen waren ursprünglich vom UN-Sicherheitsrat mandatiert worden (Resolution 1973 vom 17. März). Die Resolution ermächtigte jeden Staat, der will, zum «Schutz der Zivilbevölkerung» alle militärischen Mittel einzusetzen und jeglichen Flugverkehr gewaltsam zu unterbinden – und forderte eine «sofortige Waffenruhe». Der NATO-Einsatz hat binnen kürzester Zeit diese Absichten in das Gegenteil verkehrt: Die Eroberung des Luftraums wurde genutzt, um das Land aus der Luft zu bombardieren; geschützt wurden ausschliesslich die Verbände der Rebellen und die von ihnen eingenommenen Städte; und jedes Waffenstillstandsangebot Gaddafis sowie die Vermittlungsangebote der Afrikanischen Union oder Venezuelas wurden von NATO und Rebellen postwendend abgelehnt.

Somit ist die UNO der eigentliche Verlierer dieses Krieges. Sie hat zugelassen, dass die NATO ein Land überfällt und dessen Regime wegbombt. Auf der Strecke bleiben die in der UNO-Charta verankerten Prinzipien des Gewaltverbots (Art. 2,4), der territorialen Integrität und staatlichen Souveränität (Art. 2,2) und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten (Art. 2,7). Unter Berufung auf eine besondere «Schutzverantwortung» («Responsibility to Protect») hat der UN-Sicherheitsrat das Geschäft der NATO besorgt und das Völkerrecht weiter ausgehöhlt.

Aus all diesen Gründen weigert sich der Bundesausschuss Friedensratschlag, in die Jubelchöre des Westens über den entmachteten Despoten Gaddafi einzustimmen. Der Preis, den das libysche Volk zahlen musste, ist hierfür zu hoch. Und das beschädigte Völkerrecht wird nur schwer zu reparieren sein.

Für die weitere Entwicklung ist zu hoffen, dass

1. die Kämpfe sofort und endgültig eingestellt werden,
2. neutrale Blauhelme der Afrikanischen Union ins Land gelassen werden, die über eine Waffenruhe wachen sollen, und
3. das libysche Volk als Ganzes demokratisch über seine eigene Zukunft entscheiden kann.

Die neue Rolle von AFRICOM

Testfall Libyen-Krieg

Als am 19. März der Luftkrieg gegen das Regime des libyschen Machthabers Muammar al Gaddafi begann, wurde ein Teil der Luftangriffe von deutschem Boden aus koordiniert. Genauer gesagt, aus einer Kaserne in Stuttgart-Möhringen, den Kelley Barracks. Dort hat das Africa Command/AFRICOM seinen Sitz.

Von Dirk Eckert

Das AFRICOM (siehe UW 3/08) ist eines der weltweit sechs Regionalkommandos der US-Streitkräfte. Es ist beinahe für den ganzen afrikanischen Kontinent zuständig, nur Ägypten fällt unter das Central Command (CENTCOM), das US-amerikanische Militäreinsätze im Nahen Osten führt.

Für AFRICOM war der Libyenkrieg eine Premiere: Noch keine drei Jahre alt, führte das jüngste, 2008 gegründete US-Regionalkommando seinen ersten Feldzug. Es war zuständig für die US-Militäraktion mit dem Namen Odyssey Dawn. Unter dem AFRICOM-Kommando schossen US-Kriegsschiffe im Mittelmeer allein am ersten Tag der Operation über einhundert Marschflugkörper vom Typ «Tomahawk» auf Libyen ab und Kampfflugzeuge griffen Flugplätze des libyschen Militärs an. Ziel war es, die libysche Luftabwehr auszuschalten und auf Grundlage der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates eine Flugverbotszone in Libyen durchzusetzen. Später wurden die Angriffe ausgeweitet auf Militärfahrzeuge, um Gaddafis Truppen zu schwächen und so die Rebellen im Osten des Landes zu unterstützen.

13 Tage lang wurden im schwäbischen Möhringen amerikanische Angriffe auf Gaddafis Armee kommandiert. Dann endete die US-Mission Odyssey Dawn und die NATO übernahm das Kommando über die Luftangriffe im Rahmen ihrer Operation Unified Protector. Eigene Verluste hatte AFRICOM bei Odyssey Dawn nicht zu beklagen. Allerdings verlor die US-Luftwaffe ein Flugzeug aufgrund technischer Probleme. Der AFRICOM-Befehlshaber, Vier-Sterne-General Carter F. Ham, zog Anfang April vor dem Streitkräfteausschuss des US-Repräsentantenhauses Bilanz: «Das ist tatsächlich eine historische Zeit für das US-Afrika-Kommando. Wir haben eine komplexe, kurzfristige Operation in Libyen vollendet und nun die Kontrolle über diese Mission an die NATO übergeben.»

Das wahre Gesicht

Dass das in Deutschland sitzende Regionalkommando in Afrika Krieg führt, war tatsächlich bemerkenswert, da das US-Militär vor der Gründung immer wieder versichert hatte, AFRICOM werde ein ganz neuartiges Kommando sein. Es hiess damals, anders als etwa das Europäische Regionalkommando (EUCOM), das seinen Sitz ebenfalls in Stuttgart hat und unter anderem im Kosovo-Krieg 1999 eine wichtige Funktion ausübte, werde AFRICOM vor allem bei der Konfliktprävention eine zentrale Rolle spielen und weniger bei Militäreinsätzen. So sagte der Sprecher des Militärkommandos, Vince Crawley, im September 2008 gegenüber NDR Info: «Traditionelle US-Militärkommandos konzentrieren sich seit Jahrzehnten darauf, amerikanische Interessen zu schützen, indem sie – wenn nötig und von unserer Regierung befohlen – Kriege vorbereiten und führen. Die Hauptaufgabe von AFRICOM ist, Konflikte zu verhindern.»

Diese Selbstverpflichtung auf Konfliktprävention hat AFRICOM offensichtlich nicht lange durchhalten können. Wer den grossen Versprechungen nicht geglaubt hat, kann sich nun bestätigt fühlen. Die renommierte Fachzeitschrift FOREIGN AFFAIRS warnt daher, dass der Libyen-Krieg die Glaubwürdigkeit von AFRICOM

zerstört haben könnte. Afrikanische Befürchtungen, dass eine Welle neuer Interventionen des Westens auf dem afrikanischen Kontinent bevorsteht, könnten nun wieder aufflammen, konstatiert Jonathan Stevenson, Professor am US Naval War College, in einem Onlinebeitrag für FOREIGN AFFAIRS: «AFRICOM muss nun hart daran arbeiten, das Vertrauen der afrikanischen Regierungen wiederzugewinnen, das schon vor der Intervention in Libyen ziemlich angegriffen war.»

Die US-Administration müsse deshalb deutlich machen, dass der Libyen-Krieg weder ein Präzedenzfall noch der Beginn eines neuen Trends ist, empfiehlt Stevenson. Weiter müsse Washington klarstellen, dass künftige Interventionen zum Schutz von Menschenrechten von den jeweiligen Umständen abhängen: «Die Idee muss sein, die Operation in Libyen nicht als Fehler, sondern als Ausnahme darzustellen.»

Tatsächlich bemüht sich AFRICOM, den Libyen-Einsatz möglichst herunterzuspielen. Auf der eigenen Homepage kommt er kaum vor, dafür finden sich Berichte über Gesundheitsvorsorge in Afrika, Armut und gute Regierungsführung, dazu einige Bilder von gegenseitigen Truppenbesuchen. Hauptaufgabe von AFRICOM bleibe, afrikanischen Staaten zu helfen, ihre Probleme selbst zu lösen, bekräftigte Befehlshaber General Ham Anfang April vor dem Streitkräfteausschuss des US-Repräsentantenhauses: «Unsere leitenden Prinzipien sind erstens, dass ein sicheres und stabiles Afrika eindeutig im Interesse der Vereinigten Staaten ist. Und zweitens versuchen wir, den Afrikanern zu helfen, Lösungen für afrikanische Probleme zu finden.» Dazu gehöre auch der Aufbau von Sicherheitsstrukturen, wie es sie in Europa mit der NATO gebe, so Ham weiter. Ziel sei, afrikanische Staaten in die Lage zu versetzen, selbst entsprechende Missionen durchzuführen, sagt AFRICOM-Sprecher Vince Crawley: «Was wir machen, ermöglicht afrikanischen Nationen, sich zusammenzutun und ähnliche robuste und schnelle Einsätze durchzuführen – ohne Hilfe des Westens, so dass sie ihre Sicherheitsprobleme künftig alleine lösen können.»

Doch auch wenn AFRICOM gerne betont, wie gut die Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern funktioniert: Es sollte nicht vergessen werden, warum AFRICOM überhaupt in Stuttgart aufgebaut worden ist und nicht auf dem afrikanischen Kontinent. Die US-Regierung konnte seinerzeit kein Land finden, das bereit war, das Regionalkommando aufzunehmen. Die Afrikaner waren zu misstrauisch. Der Libyen-Krieg dürfte das nicht geändert haben.

Quelle: Ausdruck August 4/2011, Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V., 72072 Tübingen, www.imi-online.de



Die sozialen Proteste in Israel

Der Aufstand von Bibis Sklaven

Die sozialen Proteste in Israel begannen mit einer Forderung nach «erschwinglichen Wohnungen» und weiteten sich aus auf die hohen Preise von Nahrungsmitteln und Benzin, die niedrigen Löhne, die Verschlechterung der Dienste im Bildungs- und Gesundheitswesen. Während Wochen standen soziale Ideen im Mittelpunkt des öffentlichen Diskurses und Sozialarbeiter und Soziologen verdrängten die Generäle i.R. und ihre Gerede über Sicherheit aus den Talkshows des israelischen Fernsehens.

Von Uri Avnery

Als erstes eine Warnung.

Zeltstädte entstehen überall in Israel. Eine soziale Protestbewegung kommt in Gang. Irgendwann in naher Zukunft kann sie die rechte Regierung gefährden.

Zu diesem Zeitpunkt (der Artikel wurde Anfangs August geschrieben, noch vor dem Grenzzwischenfall auf dem Sinai, die Red.) wird es eine Versuchung geben – vielleicht eine unwiderstehliche Versuchung – die «Grenzen brenzlich werden zu lassen». einen niedlichen kleinen Krieg zu beginnen. Die Jugend Israels aufzurufen – die selben jungen Leute, jungen Männer und Frauen, die jetzt in den Zelten leben – das Vaterland zu verteidigen.

Nichts ist leichter als das. Eine kleine Provokation, ein Zug Soldaten überquert die Grenze, «um das Abfeuern von Granaten zu verhindern», ein Schusswechsel, eine Salve Raketen – und siehe da, ein Krieg. Ende des Protestes.

Im September beabsichtigen die Palästinenser, sich an die UN zu wenden, um einen Antrag zu stellen, den Staat Palästina anzuerkennen. Unsere Politiker und Generäle leiern unisono, dies werde eine Krise verursachen – die Palästinenser in den besetzten Gebieten können sich protestierend gegen die Besatzung erheben, gewalttätige Demonstrationen können folgen, die Armee wird gezwungen sein zu schießen – und siehe da, ein Krieg. Ende des Protestes.

Genug

Vor einigen Wochen wurde ich eines Morgens von einer holländischen Journalistin interviewt. Am Ende fragte sie mich: Sie beschreiben eine schreckliche Situation. Die extreme Rechten kontrolliert die Knesset und diese erlässt abscheuliche, anti-demokratische Gesetze. Die Menschen sind gleichgültig und apathisch. Es gibt keine Opposition, über die man reden könnte. Und trotzdem strahlen Sie Optimismus aus. Wie kommt das?

Ich antwortete, ich hätte Vertrauen zum israelischen Volk. Im Gegensatz zum äusseren Erscheinungsbild sind wir ein vernünftiges Volk. Irgendwann, irgendwo wird sich eine neue Bewegung erheben und die Situation verändern. Es kann in einer Woche, in einem Monat oder in einem Jahr geschehen. Aber sie wird kommen.

Am selben Tag, nur ein paar Stunden später sagte eine junge Frau mit Namen Daphni Liff und einem unwahrscheinlichen Männerhut über ihrem Haar zu sich selbst: «Genug!»

Sie war von ihrer Vermieterin rausgeworfen worden, weil sie sich die Miete nicht leisten konnte. Sie stellte ein Zelt im Rothschild-Boulevard auf, einer langen mit Bäumen bepflanzten Durchfahrtsstrasse im Zentrum Tel Avivs. Die Botschaft verbreitete sich durch Facebook, und innerhalb einer Stunde wurden Dutzende von Zelten errichtet. Innerhalb einer Woche waren es schon 400 Zelte, die sich in einer Doppelreihe länger als eine Meile lang erstreckten.

Ähnliche Zeltstädte wuchsen in Jerusalem, Haifa und einem Dutzend kleineren Städten hoch. Am 6. August schlossen sich Zehntausende einem Protestmarsch in Tel Aviv und anderswo an. Am Samstag zuvor waren es mehr als 150 000.

Inzwischen sind sie zum Mittelpunkt des israelischen Lebens geworden. Die Rothschild-Zeltstadt hat ein eigenes Leben angenommen – eine Kreuzung zwischen Tahrirplatz und Woodstock mit ein wenig Hyde Park-Ecke mittendrin.

Die Stimmung ist unbeschreiblich optimistisch; Massen von Leuten kommen sie besuchen und gehen voller Enthusiasmus und Hoffnung heim. Jeder hat das Gefühl, dass irgend etwas Bedeutendes geschieht.

Als ich die Zelte sah, erinnerte mich das an die Worte Bileams, der vom König Moab gesandt wurde, um die Kinder Israels in der Wüste zu verfluchen (4.Moses 24) und stattdessen

Einige der populärsten Poster auf den Zelten waren «Rothschild Ecke Tahrir» und mit hebräischem Reim «Tahrir – nicht nur Kahir» (Kahir ist die hebräische Version von al-Kahira, der arabische Name für Stadt.) und auch «Mubarak, Assad, Netanyahu.»

Am Tahrir-Platz war der wichtigste Slogan: «Das Volk will das Regime stürzen». Absichtlich sehr ähnlich heisst der wichtigste Slogan in den Zeltstädten: «Das Volk wünscht soziale Gerechtigkeit!»

Wer sind diese Leute? Was wollen sie?

Es begann mit einer Forderung nach «erschwinglichen Wohnungen». Die Mieten in Tel Aviv, Jerusalem und anderswo sind extrem hoch, auf Grund der jahrelangen Vernachlässigung durch die Regierung. Doch bald erweiterte sich der Protest auf anderes: die hohen Preise von Nahrungsmitteln und Benzin, die niedrigen Löhne. Die lächerlich niedrigen Gehälter von Ärzten und Lehrern; die



Zeltstädte entstehen überall in Israel. Eine soziale Protestbewegung kommt in Gang. Wird sie irgendwann einmal die rechte Regierung gefährden können? Foto Abe Rosenfeld

rief er aus: «Wie fein sind Deine Zelte, oh Jakob, und deine Wohnungen, Israel!»

Bewunderung für die arabischen Revolten

All dies begann in einer kleinen fernen Stadt in Tunesien, als ein Markthändler ohne Lizenz auf dem Markt von einer Polizistin verhaftet wurde. Anscheinend gab die Frau bei der folgenden Auseinandersetzung dem Mann eine Ohrfeige – eine schreckliche Demütigung für einen tunesischen Mann. Er zündete sich an. Was dann folgte, ist Geschichte: die Revolution in Tunesien, Regimewechsel in Ägypten, Aufstände im ganzen Nahen Osten.

Die israelische Regierung sah dem mit wachsender Sorge zu – aber sie konnte sich nicht vorstellen, dass dies auch eine Wirkung auf Israel haben könnte. Von der israelischen Gesellschaft mit ihrer üblichen Verachtung gegenüber Arabern konnte kaum erwartet werden, dass sie dem Beispiel folgen würde.

Aber sie folgte dem Beispiel. Die Leute auf den Strassen sprachen mit zunehmender Bewunderung von den arabischen Revolten. Sie zeigten, dass wenn Leute gemeinsam handeln, sie es auch wagen, sich gegen die Führer zu stellen, die bei weitem ängstlicher sind als unser herumwurstelnder Binyamin Netanyahu.

Verschlechterung der Dienste im Bildungs- und Gesundheitswesen.

Es gibt ein allgemeines Gefühl, dass 18 Magnaten alles kontrollieren, einschliesslich der Politiker. (Politiker, die es wagen, sich in den Zeltstädten zu zeigen, werden weggejagt.) Sie könnten einen Amerikaner zitieren, der sagte: «Demokratie muss mehr sein als zwei Wölfe und ein Schaf, die abstimmen, was sie zum Mittagessen haben werden.»

Eine Auswahl von Slogans gibt einen Eindruck:

«Wir wünschen einen Sozialstaat.»
«Kampf um die Wohnung.»
«Gerechtigkeit, nicht Barmherzigkeit.»

«Wenn die Regierung gegen das Volk ist, dann ist das Volk gegen die Regierung.»

«Bibi, dies ist nicht der US-Kongress, du wirst uns nicht mit leeren Worten kaufen.»

«Wenn ihr euch nicht unserm Krieg anschliesst, dann werden wir nicht in euren Kriegen kämpfen.»

«Gib uns unsern Staat zurück.»

«Drei Partner mit drei Gehältern können drei Räume nicht bezahlen.»

«Sei praktisch, verlange das Unmögliche.»

«Die Antwort auf Privatisierung: Revolution.»

«Wir waren in Ägypten Sklaven – in Israel sind wir Bibis Sklaven.»

«Ich habe keine andere Heimat.»

«Bibi, geh heim, wir werden dir das Benzin zahlen.»

«Stürzt den Schweine-Kapitalismus.»

Besatzung ausgeklammert

Was fehlt in dieser Reihe von Slogans? Natürlich die Besatzung, die Siedlungen, die riesigen Ausgaben für das Militär.

Dies geschieht mit Absicht. Die Organisatoren, anonyme junge Männer und Frauen – hauptsächlich Frauen – sind sehr entschlossen, nicht als «Linke» gebrandmarkt zu werden. Sie wissen, wenn die Besatzung genannt wird, würde dies Netanyahu eine leichte Waffe liefern, die Zeltbewohner spalten und die Proteste scheitern lassen.

Wir in der Friedensbewegung wissen und respektieren dies. Wir alle üben strenge Zurückhaltung, damit Netanyahu es nicht gelingt, die Bewegung an den Rand zu drücken und sie als Plot herauszupicken, die die rechte Regierung stürzen will.

Wie ich in einem Artikel in Haaretz schrieb: es ist nicht nötig, die Demonstranten zu stossen. Zu gegebener Zeit werden sie selbst zu der Schluss-

«Sogar dieses Zelt wurde von unsern Eltern bezahlt!»

All dies bei einer blühenden Wirtschaft, der die Pein der weltweiten wirtschaftlichen Krise erspart blieb und die sich rühmt, eine beneidenswerte Arbeitslosenrate von nur 5% zu haben.

Wenn man sie bedrängen würde, würden die meisten Demonstranten sich selbst als «Sozial-Demokraten» bezeichnen. Sie sind das ganze Gegenteil der Tea-Party in den USA: Sie wünschen einen Wohlfahrtsstaat, sie geben der Privatisierung die Schuld für ihre Nöte, sie wollen, dass die Regierung sich einmischt und handelt. Ob sie es zugeben wollen oder nicht, das Wesentliche ihrer Forderungen und ihrer Haltung ist klassisch links. (der Terminus wurde in der Französischen Revolution geschaffen, weil die Anhänger dieser Ideale auf der linken Seite des Präsidenten der Nationalversammlung sass.) sie sind das Wesen dessen, was man mit Links meint – (Obgleich die Termini «Linke» und «Rechte» in Israel bis jetzt weitgehend mit Fragen von Krieg und Frieden identifiziert worden sind.)

Wohin geht die Reise?

Wohin werden wir von hier aus gehen?

Niemand kann es sagen. Als Tschu Enlai nach der Auswirkung der Französischen Revolution gefragt wurde, sagte er das berühmte Wort: «Es ist zu früh, darüber etwas zu sagen.» Hier sind wir Zeugen eines Ereignisses, das noch im Gange ist, vielleicht gar erst beginnt.

Es hat schon einen riesigen Wandel geschaffen. Seit Wochen haben die Öffentlichkeit und die Medien aufgehört, über Grenzen, die iranische Bombe und die Sicherheitssituation zu sprechen. Stattdessen wird jetzt fast nur über die soziale Situation, den geringen Lohn, die Ungerechtigkeit der indirekten Steuern, die Krise im Wohnungsbau gesprochen.

Unter Druck hat die strukturlose Führung des Protestes eine Liste von konkreten Forderungen zusammengestellt. Unter anderem: das Bauen von Miethäusern durch die Regierung, Steuern von den Reichen und von Körperschaften, kostenlose Erziehung ab dem Alter von drei Monaten, Erhöhung des Gehaltes von Ärzten, Polizisten und Feuerwehrleuten, Schulklassen sollten nicht mehr als 21 Schüler haben, Monopole die von wenigen Magnaten kontrolliert werden, sollten gebrochen werden usw.

Also wohin geht es von hier? Es gibt viele Möglichkeiten, gute und schlechte.

Netanyahu kann versuchen, mit einigen kleineren Konzessionen den Protest zu bestechen – einige Milliarden hier, einige Milliarden dort. Dies wird die Demonstranten vor die Wahl des indischen Jungen im berühmten Film stellen, der ein Millionär werden wollte: das Geld, das er schon gewonnen hatte, nehmen oder alles riskieren und noch eine andere Frage beantworten.

Oder: die Bewegung fährt fort und gewinnt an Fahrt und erzwingt grössere Veränderungen, um die Bürde zu verändern: statt indirekte direkte Steuern.

Einige verrückte Optimisten (wie ich) mögen sogar vom Auftauchen einer neuen authentischen politischen Partei träumen, die die klaffende Lücke auf der linken Seite des politischen Spektrums füllt.

Ich begann mit einer Warnung, und ich sollte mit einer anderen enden: Diese Bewegung hat riesige Hoffnungen geweckt. Wenn sie fehl schlägt, wird sie eine Atmosphäre der Mutlosigkeit und Verzweiflung hinterlassen – eine Stimmung, die jene, die es können, hinaustreiben, um woanders ein besseres Leben zu versuchen.

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlf, vom Verfasser autorisiert)



IAEO-Generaldirektor Mohamed ElBaradei und US-Aussenminister Colin Powell am 7. März 2003 während der Irak-Debatte im UN-Sicherheitsrat. UN-Foto Eskinder Debebe

Für Sie gelesen: Eine Führung durch die Zeitgeschichte!

Wächter der Apokalypse

Ein Buch über Atomwaffenverträge und deren Kontrolle? Klingt ja nicht eben verlockend. Und siehe da: Mohamed ElBaradei bringt das Kunststück fertig, uns mitzureissen in die Strömungen und Wirbel der Weltgeschichte.

Von Antoinette Mächtlinger

Was ist es, dass man sein im Campus-Verlag erschienenen Buch «Wächter der Apokalypse» mit solcher Spannung, solchem Engagement liest? Mohamed ElBaradei lässt uns teilhaben an seinem persönlichen Einsatz, seinem Kampf für eine Welt ohne Atomwaffen, seinen Überlegungen, Hoffnungen und Enttäuschungen. ElBaradei, 1942 in Kairo geboren, Professor für Internationales Recht und UNO-Diplomat, trat 1984 in den Dienst der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), der er 1997–2009 als Generaldirektor vorstand. In dieser Zeit verhandelte er unermüdet mit allen Staatsmännern (und -Frauen) der Welt und erhielt, zusammen mit seiner Organisation, 2005 den Friedens-Nobelpreis. Ein äusserst verdienter Nobelpreis! Ein Höhepunkt unter weiteren internationalen Auszeichnungen.

Zähes Geschäft

Die IAEO wurde 1957 als autonome Uno-Organisation gegründet mit dem Ziel, weltweit eine friedliche Nutzung der Atomenergie zu garantieren. Seit dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen von 1970 obliegt der IAEO auch die Kontrolle der Einhaltung bei den 138 Vertragsmitgliedern. Nicht kontrolliert werden die drei Nichtunterzeichner Indien, Pakistan und Israel, sowie die ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats

«Die Atomdiplomatie ist ein zähes und kompliziertes Geschäft», lesen wir in der Schlussfolgerung ElBaradeis, «aber der Weg ist klar: Wir sind eine menschliche Familie, und ob wir es wollen oder nicht, wir sitzen alle in einem Boot. Das einzig sinnvolle und erstrebenswerte Ziel ist die Sicherheit aller Menschen.» Das ist der Leitgedanke des Autors, und das spürt man aus jeder Zeile. Berichtet wird über die Verhandlungen in Irak, Nordkorea, Libyen, und immer wieder über Iran. Zu lesen ist da aber auch vom Kampf gegen einen privaten «Atombasar», ein geheimes Netzwerk, das sich seit 1987 wie eine Krake ausgebreitet hat und eine weltweite Bedrohung darstellt. Wir begleiten den Autor nach Nordkorea, in ein ungeheiztes Hotel, zu einem Frikadellen-«Bankett» und zu unendlich zähen Verhandlungen, bei denen der Untersuchungsbehörde sowohl von korea-

nischen wie auch von US-Regierungsstellen Knüppel zwischen die Beine geworfen werden.

Sture Konservative

Iran: Dieses leidige Thema nimmt den grössten Raum ein. Ein Auf und Ab und Hin und Her über die Jahre, mit Heerscharen von Verhandlern und Vermittelnden aus aller Herren Ländern (auch Calmy Rey wird lobend erwähnt). «Alle wollten sie dasselbe. Aber niemand schien in der Lage, die sturen Konservativen in Washington und Teheran zur Vernunft zu bringen.» Ein Tiefpunkt war 2006 erreicht mit der Resolution 1696 des Weltsicherheitsrats, die Iran zum Stopp der Urananreicherung aufforderte, während noch die von ElBaradei ausgehandelte Bedenkzeit lief. In einem andern Zusammenhang braucht der Autor ein passendes Bild: «Der westliche Ansatz war so, als ginge man in einen Laden, böte dem Händler einen fairen Preis für eine Ware und drohte ihm gleichzeitig, den Laden niederzubrennen, wenn er das Angebot nicht annahm.» Die tiefste Ursache des Scheiterns aber ist im Nachbarland zu suchen: «Der Elefant im Raum, über den niemand spricht, ist das israelische Atomwaffenarsenal.» Diese Ungleichbehandlung, die Kriege in Irak und Afghanistan und das fortgesetzte Leid der Palästinenser «verstärken den Eindruck, der Westen sei gegenüber Muslimen voreingenommen. Der Iran schien eines der wenigen muslimischen Länder zu sein, das dem Westen die Stirn bot, weshalb viele Muslime ihn zunehmend als einzigen Verfechter ihrer mit Füßen getretenen Rechte wahrnahmen.»

Immer das gleiche Muster

Libyen: Libyen ist einer der Staaten, die sich ihre Gerätschaften auf dem «atomaren Schwarzmarkt» zusammengekauft haben. Seine Abrüstungsgeschichte funktioniert nach dem immer gleichen Muster: Bei Verdacht auf ein geheimes Kernwaffenprogramm werden, auf Betreiben der USA, einschneidende UNO-Sanktionen verhängt, die die Bevölkerung hart treffen. Irgendwann wird die Regierung müde und lässt umfassende IAEO-Inspektionen zu. Wenn kein verdächtiges Material gefunden wird, werden die Sanktionen gelockert und es folgt eine Phase der Erholung (oder ein Militärschlag wie in Irak). In Libyen folgte nach dem jahrzehntelan-

gen internationalen Boykott ab 2004 die Phase der Erholung. ElBaradei: «Die Libyer unterstützten den Prozess durch ihre volle Zusammenarbeit. Dank ihrer Bereitschaft, uns Informationen zur Verfügung zu stellen und Zugang zu gewähren, verlief die Arbeit der Inspektoren erfrischend einfach.» Und weiter: «Es hatte sich herumgesprochen, dass die Sanktionen bald aufgehoben werden sollten und man mit Libyen Geschäfte machen konnte.» Leider ist auch das folgende ein wiederkehrendes Muster: Nach dem erfolgreichen Abkommen konnten die US-Hardliner es nicht lassen, den Verhandlungspartner zu diskriminieren. So wurde in den USA ein Medienspektakel veranstaltet, in dem der amerikanische Energieminister behauptete: «Dank unserer Bemühungen um die Beseitigung der Atomanlagen in Libyen sind die Vereinigten Staaten und die Nationen der zivilisierten Welt heute in jeder Hinsicht sicherer geworden.» Dazu ElBaradei: «Die Amerikaner waren sich der Missachtung, die in dieser Aktion zum Ausdruck kam, entweder nicht bewusst oder es war ihnen gleichgültig. Den Libyern war es jedoch wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Demontage der Atomanlagen in gegenseitigem Einvernehmen zustande gekommen war und dass die Abrüstung nach internationalem Recht und unter Aufsicht einer internationalen Behörde stattfand.»

Die Lügen um Irak

Irak wird in die Geschichte eingehen als Beispiel für einen Krieg, der auf lauter Lügen begründet ist. 1991, als das Land nach dem Golfkrieg am Boden lag, fanden die IAEO-Inspektoren einmalige, «nahezu paradiesische Bedingungen» vor. Sie hatten mit der Resolution 687 «jederzeit und überall» unbeschränkten Zugang. Wobei das nicht heisst, dass ihnen nicht von Seiten des Irak, aber auch der US-Geheimdienste und -Medien, Steine in den Weg gelegt worden wären. Schon im September war erwiesen, dass Irak noch ein bis zwei Jahre vom angestrebten Ziel des Atomwaffenbaus entfernt war. Bis Oktober 1997 hatte die IAEO die Zerstörung von 2000 Objekten sowie 600 Tonnen Speziallegierungen überwacht, und Hans Blix konnte dem Weltsicherheitsrat den Abschlussbericht übergeben. Die US-Regierung jedoch stützte sich auf den Bericht einer andern Untersuchungskommission (UNSCOM), den sie als Vorwand für viertägige Bombenangriffe benutzte (Operation Desert Fox, Dez.1998). Sowohl ElBaradei

dei wie auch Uno-Generalsekretär Kofi Annan waren völlig überrumpelt. Und Saddam Hussein weigerte sich für die nächsten vier Jahre, Inspektoren ins Land zu lassen.

Nach dem 11. September 2001 geriet Irak erneut ins Visier der USA. Mit der Resolution 1441 autorisierte der Weltsicherheitsrat 2002 eine weitere Runde von Inspektionen. ElBaradei: «Nachdem wir in den ersten 60 Tagen 139 Inspektionsbesuche an 106 Stätten durchgeführt hatten, gab es keinerlei Hinweise darauf, dass der Irak ein Atomwaffenprogramm wieder aufgenommen hatte.» Doch zwei Themen wurden in den US-Medien gezielt hochgespielt: der irakische Versuch, im Ausland speziell gehärtete Aluminiumrohre einzukaufen, und eine angebliche Uranbestellung im Niger. Die angeforderten «Beweise» dafür wurden der IAEO verspätet geliefert und erwiesen sich als unbrauchbar, im Fall Niger sogar als plumpe Fälschung. Nun entfaltete ElBaradei – aber nicht nur er – eine hektische diplomatische Tätigkeit zur Vermeidung eines Krieges. Doch am 17. März 2003 erhielt er den Anruf mit der Mitteilung über den erfolgten Angriff auf Irak. «Ich legte auf. Nach diesen Gesprächen lag ich lange wach. Im Morgengrauen sprach ich mit meiner Frau Aida, meiner Lieblingsratgeberin (...) Es gab nichts, was ich noch tun konnte. Meine Gefühle schwankten zwischen Zorn, Hilflosigkeit und Trauer angesichts der zu erwartenden Opfer. Wo war die Rechtfertigung?»

Die Inspektoren waren zwar abgezogen worden, aber das Mandat der IAEO endete nicht mit dem Krieg. Sie machte sich Sorgen um die Sicherung des radioaktiven Materials, das versiegelt im Land zurückgeblieben war. Als schmerzhafteste Realität bezeichnet der Autor die Opfer unter der Zivilbevölkerung, in den ersten drei Kriegsjahren bis zu 800 000 Menschen. Dazu Millionen, die verwundet und verkrüppelt wurden oder ihre Lebensgrundlage verloren haben. «Wie können westliche Führer nicht verstehen, welchen Zorn – welches Gefühl des Unrechts, der Erniedrigung und der Verbitterung – diese Tragödie provoziert?» ElBaradei plädiert dafür, dass nicht nur Kriegsverbrecher aus Verliererstaaten vor den Internationalen Gerichtshof zitiert werden, sondern auch die Urheber solcher verbrecherischer Kriege.

«Die Wurzeln des Problems lagen sehr viel tiefer, in der extremen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ungleichheit zwischen Nord und Süd, der Asymmetrie der internationalen Sicherheitspolitik, die zweierlei Mass anlegte, und den Konflikten und Spannungen, die in bestimmten Regionen weiter schwelten.» Auf Grund dieser Analyse hat ElBaradei immer wieder versucht, die Verhandlungen voranzubringen. Trotz aller Rückschläge gab er nicht auf. Ein Botschafter beschien ihm, er habe «die Macht des Arguments gebraucht und nicht das Argument der Macht.»

90 Jahre Lorenz Knorr

Klartext

Am 18. Juli wurde unser Friedensfreund Lorenz Knorr 90 Jahre alt. Er selbst wollte nichts von Feierlichkeiten wissen, wie er in einem Brief an Louise Stebler betonte: «Es ist nicht mein Verdienst, dass ich auf der Welt bin!» Der Welt selbst hingegen machte der Publizist ein besonderes Geburtstags-Geschenk: Mit seinem neuesten, bei PapyRossa erschienenen Buch: «Generäle vor Gericht. Oder: Darf man Nazi-Militärs als Massenmörder bezeichnen?». Robert Steigerwald hat das Buch gelesen und in der deutschen «Unsere Zeit» rezensiert. Wir geben – stark gekürzt – seine Eindrücke wieder.

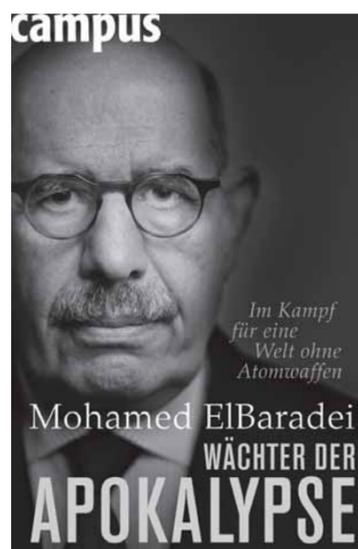
Lorenz Knorr wurde 1921 in Eger (Cheb), Böhmen, geboren. Er war und ist Autor und Publizist, hat vielfältige Funktionen in antifaschistischen und antimilitaristischen Organisationen bekleidet, war und ist verbunden mit vielen bekannten Zeitgenossen wie dem doppelten Nobelpreisträger Linus Pauling, mit Bertrand Russell – um nur einige zu nennen. Im Krieg wurde er vor ein Kriegsgericht gezerrt, zum Strafbataillon abkommandiert, schwer verwundet und von da an nicht mehr kriegstauglich und kam danach als ausgezeichnete Funker an Informationen, die er nach der Befreiung, im Kampf gegen Remilitarisierung, gegen die Wiederverwendung blutbeschmutzter Militärs und Politiker, ihre verbeamteten und publizistischen Helfer, gut nutzen konnte.

Das alles spielt in diesem Buch eine prägende Rolle. Aber es geht über diesen direkten Zweck hinaus. Er schildert einen sich über Jahre hinziehenden Gerichtsprozess – er hatte Nazi-Generäle als das benannt, was sie waren und handelte sich eine Beleidigungsklage von Minister Strauss ein. Vor Gericht stand Lorenz Knorr ehemaligen Nazi-Anklägern und Nazi-Richtern gegenüber (einer hatte Lorenz einst gar als Nazi-Richter verurteilt!), deren Nazivergangenheit er ihnen vor Gericht vorhielt. Aus dem Angeklagten wurde der Ankläger. Ausführlich schildert Lorenz die internationale Solidarität, die bis weit in das Bürgertum Englands und Frankreichs hineinreichte.

«Generäle vor Gericht», es geht nicht nur um diese, sondern um das «Personal», das über einen wirklichen Totalitarismus über Weimar und Hitler schliesslich hin zu Bonn/Berlin führt und die Kontinuität des deutschen Imperialismus und Militarismus, den kriegerischen Grössenwahn verkörpert.

Es wird zudem eine Fülle von Einzelproblemen behandelt: die Rolle und Wandlung der SPD-Führung, die Illusionen über einen Dritten Weg. Die alte Masche, Antimilitarismus und Antifaschismus als kommunistische Propaganda abzutun. Die miese Rolle des noch mieseren Ministers Franz Josef Strauss. Die hervorragende Aktivität solcher Strafverteidiger oder Rechtsprofessoren wie Dr. Ammann, Heinrich Hannover, Maihofer. Kurzum, die Älteren unter uns, die manches von dem selbst erlebt haben, das Lorenz Knorr schildert, es aber in der Fülle der Erlebnisse seit 1945 vergessen haben und die Jüngeren unter uns, die das dank unseres «guten» Bildungssystems oder aus den Medien nicht erfahren können: Hier haben sie eine erstklassige Informationsquelle zur Hand.

Lorenz Knorr, Generäle vor Gericht: Oder: Darf man Nazi-Militärs als Massenmörder bezeichnen? Papy-Rossa Verlag, 2011, 280 Seiten, 16 Euro. Zu beziehen in der Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, 061 261 02 89 oder buecher-waser@bluewin.ch



Vietnam: Die Folgen chemischer Kriegsführung

Wunden, die nicht heilen

Am 10. August 1961 starteten die US Streitkräfte über dem damaligen Südvietnam die Sprühflüge mit hoch giftigen chemischen Substanzen, die unter der Bezeichnung Agent Orange/Dioxin in die Annalen der chemischen Kriegsführung eingegangen sind. Die «Operation Ranch Hand» erstreckte sich über volle zehn Jahre (vom 10.08.1961 bis am 07.01.1971). Sie diente einerseits der Entlaubung der dichten Wälder, die den Widerstandskämpfern und Kämpferinnen als Unterschlupf dienten, andererseits aber auch der Zerstörung der Reisfelder, um die Bauern in so genannte «strategische Dörfer» konzentrieren zu können. Fünfzig Jahre danach werden das Ausmass und die dramatischen Konsequenzen des Einsatzes von mit Dioxin verseuchten Entlaubungsmitteln in Vietnam und anderswo von immer mehr Menschen bewusst wahrgenommen. Die internationale Solidarität zwischen den Opfern aus den verschiedenen Ländern wächst.

Von Margrit Schlosser

Tran Thi Hoan aus Ho Chi Minh Stadt und Heather Bowser aus Canfield, Ohio teilen dasselbe Schicksal: Beide sind Agent Orange/Dioxin Opfer der zweiten Generation. Hoan wurde am 16. Dezember 1968 in Duc Linh (Provinz Binh Thuan), im damaligen Südvietnam, geboren. Sie kam ohne Beine und mit einer verkümmerten linken Hand zur Welt. Heather wurde 1972 in den USA geboren. Dem Baby fehlte das rechte untere Bein, es fehlten mehrere Finger, die grosse Zehe am linken Fuss, die verbleibenden Zehen waren zusammengewachsen. Die Ärzte fürchteten, das Baby würde nicht überleben und bleibe, falls es wider Erwarten überleben sollte, geistig behindert.

Heathers Vater hatte seinen Dienst in Vietnam zwischen 1968 und 1969 getan. Er war in der Nähe von Bien Hoa stationiert gewesen, auf der US Militärbasis Long Binh. Dort war er in direkten Kontakt mit Entlaubungsmitteln gekommen. Mit 38 Jahren benötigte er eine Bypassoperation; mit 40 Jahren begann er an Diabetes zu leiden; mit 48 Jahren erlitt er einen Schlaganfall; mit 50 Jahren starb er an einem Herzschlag.

Tran Thi Hoan und Heather Bowser teilen ihr Schicksal mit unzähligen anderen, unschuldigen Opfern der zweiten und mittlerweile dritten Generation, in Vietnam und den USA, aber auch in Australien und Neuseeland, in Südkorea und in Kanada. Es ist der 2004 gegründeten Vietnam Association for Victims of Agent Orange/dioxin (VAVA) zu verdanken, diesen unzähligen Opfern ein Gesicht gegeben und ihnen ein Forum geboten zu haben, um auf die Langzeitfolgen des Einsatzes von giftigen chemischen Substanzen im so genannten Vietnam-Krieg und anderer Aktionen chemischer Kriegsführung aufmerksam zu machen.

Kein offizieller Cent für die Wiedergutmachung

Anlässlich des 50. Jahrestags der ersten Sprühflüge, am 10. August 2011, hat VAVA die Zweite Internationale Konferenz der Opfer von Agent Orange/Dioxin einberufen. An der zweitägigen Konferenz, die am 8. und 9. August 2011 in Hanoi stattfand, nahmen rund 200 Personen aus mehr als 20 Ländern teil: Agent Orange/Dioxin Opfer der ersten, zweiten und dritten Generation aus Vietnam, Opfer der ersten und zweiten Generation aus den USA, Australien, Neuseeland, Südkorea und Kanada; Kurden aus Halabja (der Kurdischen Region von Irak) und Iraner, Opfer von Giftgasinsätzen durch das Regime Saddam Husseins; Opfer der industriellen Chemiekatastrophen von Seveso und Bhopal; Wissenschaftler aus Russland, Anwälte aus Frankreich und Indien, Vertreter und Vertreterinnen von NGOs sowie Aktivisten und Aktivistinnen aus zahlreichen anderen Ländern (darunter der Schweiz).

Eröffnet wurde die Zweite Internationale Konferenz der Opfer von

Agent Orange durch Nguyen Van Vinh, dem Präsidenten der VAVA. Er sprach in aller Deutlichkeit: «Mehrere Wunden des Kriegs sind für Vietnam und die USA sowie für andere Länder geheilt worden, aber die Wunden, die durch Agent Orange verursacht worden sind, erweisen sich als andauernd. Mit jedem vorbeigehenden Tag gibt es ein paar mehr Opfer die sterben, die unter intensiver Krankheit, Armut,

macht hatten mit der Produktion der in Vietnam versprühten Entlaubungsmittel und Herbizide (Agent Orange, White und Blue), je einen Cent an Wiedergutmachung bezahlt haben. Soweit es finanzielle Beiträge für Behinderten-Programme von US Nicht-Regierungsorganisationen oder Beiträge zur Entkontaminierung der so genannten «hot spots» betrifft, lehnt die US Administration nach wie vor



Von Rechts: Heather Bowser aus den USA; Margrit; Thanh Tung (ein blinder vietnamesischer Musiker); dessen Mutter; und Dr. Nguyen Thi Ngoc Toan

Verzweiflung und Elend leiden; nicht nur unter jenen, die direkt exponiert waren, sondern auch viele unschuldige Kinder, die nach dem Krieg geboren wurden; nicht nur vietnamesische Opfer sondern auch Millionen von Opfern in anderen Ländern. Sie umfassen Veteranen, die direkt am Krieg teilgenommen haben; Menschen in Laos, Kambodscha und Thailand, die in der Nähe der vietnamesischen Grenze gelebt haben; Menschen in Kanada, Lateinamerika und in europäischen Ländern sowie in anderen Teilen Asiens, die dort gelebt und gearbeitet haben, wo Agent Orange für den Einsatz in Vietnam produziert, getestet und gelagert wurde.»

Frau Nguyen Thi Kiem Tien, die neu gewählte Gesundheitsministerin der Sozialistischen Republik Vietnam überbrachte ein Bouquet sowie die Grüsse von Premierminister Nguyen Tan Dung, der seiner Hoffnung Ausdruck gab, dass der Konferenz ein «grosser Erfolg» beschieden sein möge. Als erster ausländischer Redner sprach der Botschafter Venezuelas im Namen von Hugo Chavez zu den Teilnehmenden und forderte Gerechtigkeit und das Recht, «die zwei US-Unternehmen¹ zu bestrafen, die die tödlichen Giftstoffe produzierten und die sogar ihre eigene Regierung über die Schwere der Auswirkungen der Entlaubungsmittel täuschten».

Im Verlauf des ersten Nachmittags hiess es plötzlich und offensichtlich völlig unerwartet für die Konferenzleitung, dass der Botschafter Chinas aus Anlass der Konferenz einen Scheck von USD 5 000 zu überreichen gedenke. Er tat dies dann auch, allerdings nicht im Auftrag seiner Regierung. Vielmehr hatte das Personal der chinesischen Botschaft in Hanoi das Geld unter ihresgleichen gesammelt.²

In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass weder die Regierung und Administration der USA noch die Unternehmen, die damals ein lukratives Geschäft ge-

jegliche legale Haftung ab und bestreitet, dass die medizinischen Konditionen mit der Einwirkung von Agent Orange und Dioxin zusammenhängen.³

Dies trifft im übrigen auch auf die in den Genuss von Leistungen kommenden männlichen und weiblichen US Veteranen zu, die in Vietnam gedient haben und die an einer «anerkannten» Krankheit leiden.

300 mal soviet Dioxin freigesetzt wie in Seveso

Zur Erinnerung: Im so genannten Vietnamkrieg setzten die USA rund 14 Millionen Tonnen Bomben und Sprengstoffe, 300 Tausend Tonnen brennender Substanzen (Napalm und Phosphor), und 110 Tausend Tonnen toxischer Substanzen ein. Unter dem Decknamen «Operation Ranch Hand» versprühten die US Streitkräfte zwischen 1961 und 1971 rund 76 Millionen Liter mit Dioxin verseuchte Entlaubungsmittel und Herbizide über weite Teile des damaligen Südvietnam, aber auch über den Osten von Laos sowie Teile von Kambodscha. Soweit es Vietnam betrifft, gehen Schätzungen davon aus, dass rund 10 Millionen Hektaren an landwirtschaftlich genutzter Fläche zerstört wurden. Mehr als 20 Prozent des Waldes wurden mindestens einmal besprüht. Gemäss VAVA waren 4,8 Millionen Menschen direkt exponiert; drei Millionen unter ihnen gelten als Opfer der chemischen Kriegsführung.

Zum Vergleich: Am 10. Juli 1976 explodierte in Meda, in der Nähe von Seveso, ein Trichlorophenol produzierender Reaktor des Chemieunternehmens ICMESA, eines Tochterunternehmens der Firma Givaudan, ihrerseits ein Tochterunternehmen von Hoffmann-La Roche. Während rund zwanzig Minuten entwichen substantielle Mengen an hoch giftigem TCCD (2,3,7,8-tetrachlorodibenzo-p-dioxin), die insbesondere über Seveso, aber auch über die Orte Meda, Cesano Maderno, Desio und

Bovisio, niedergingen. Bilder von toten Tieren und Menschen mit Chlorakne gingen um die Welt. Aus Angst vor gesundheitlichen Folgen entschied sich damals eine bestimmte Zahl schwangerer Frauen zum Abbruch ihrer Schwangerschaft.

Waren es in Seveso an die 1,3 Kilogramm, gehen wissenschaftliche Schätzungen davon aus, dass während des zehn Jahre dauernden Einsatzes von Entlaubungsmitteln und Herbiziden in Vietnam mindestens 366 Kilogramm Dioxin freigesetzt wurden. Dies, obwohl der US Administration sowie den US Streitkräften bereits früh bekannt war, dass die versprühten chemischen Substanzen toxisch, d.h. mit dem hoch giftigen TCCD verseucht waren. Rund fünf Millionen Vietnamesen und Vietnamesinnen waren dem giftigen Sprühregen direkt ausgesetzt; geschätzte drei Millionen unter ihnen leiden an spezifischen Krankheiten oder Geburtsschäden.

Aussterbende Familien

Ein äusserst wichtiges und tragendes Element der vietnamesischen Kultur, Gemeinschaft und Gesellschaft ist die Familie bzw. der Familienclan. Zur Rolle der Frau gehört es, ihrem Mann eine gute Ehefrau und ihren Kindern eine gute Mutter zu sein. Heiratet die Frau, wechselt sie traditionellerweise in die Familie ihres Mannes und sichert so die Fortsetzung der Lineage bzw. Abstammung. Dieses Element erklärt einerseits die Tatsache, dass viele Frauen trotz gegenteiligem Rat des medizinischen Personals mehrere Kinder mit zum Teil unvorstellbaren Behinderungen gebären. Andererseits widerspiegelt es die Tragik vieler Eltern behinderter Kinder, die als Opfer von Agent Orange gelten: Mütter, die ihre behinderten Kinder im Spital zurücklassen; Ehen, die in Trennung oder Scheidung münden; Familien, die mit der Pflege ihrer behinderten Angehörigen überfordert sind und in vielen Fällen in bitterer Armut leben; Familienclans, die nicht weiter existieren und so die Ahnenverehrung nicht mehr wahrnehmen können, die von hoher kultureller Bedeutung ist.

In ihrer Rede an der offiziellen Veranstaltung zum fünfzigjährigen Gedenken an den Einsatz von Agent Orange/Dioxin, am 10. August 2011 im Grossen Theater von Hanoi, brachte Frau Nguyen Thi Doan, die Vize Präsidentin der SRVN, diese Tragik mit den folgenden Worten zum Ausdruck: «Wegen der Folgen von Dioxin und Agent Orange stehen einige Familienclans kurz vor dem Aussterben.»

Bekanntlich hat VAVA als Vertreterin der vietnamesischen Opfer von Agent Orange/Dioxin im September 2004 in den USA eine Klage gegen 36 Firmen eingereicht, die die Entlaubungsmittel und Herbizide produziert und die US Regierung beliefert hatten. Diese Klage wurde von allen drei Instanzen (dem U.S. District Court, Eastern District, in New York; dem 2nd Circuit Court of Appeals in New York; und letztlich auch vom US Court of Appeals) verworfen. Dies u. a. mit der Begründung, Agent Orange sei gemäss Internationalem Recht nicht als Gift betrachtet worden zur Zeit seiner Verwendung durch die USA; es sei den USA nicht verboten gewesen, es als ein Herbizid zu benutzen; und die Firmen, die die Substanz produziert hätten, seien nicht haftbar für die Art und Weise des Einsatzes durch die Regierung.

In den vergangenen zehn Jahren hat die US Administration rund 48 Millionen US Dollar für Dioxin «cleanup» und rund 25 Millionen US Dollar zur Unterstützung von Behindertenprogrammen gesprochen. Im Vergleich zu dem, was für die Bewältigung der Folgen der chemischen Kriegsführung in Vietnam benötigt wird, vor allem aber auch im Vergleich zum Militärbudget der USA

(680 Milliarden US Dollar im Jahr 2010), ist das eine geradezu lächerliche Summe.

Die vietnamesischen Opfer von Agent Orange/Dioxin erwarten Wiedergutmachung jedoch nicht nur in Form von Geld. Sie erwarten vor allem «dong cam», Sympathie und Mitgefühl. Die beiden eingangs erwähnten Opfer der Zweiten Generation, Tran Thi Hoan aus Ho Chi Minh Stadt und Heather Bowser aus Canfield, Ohio, verkörpern dieses Mitgefühl und die Solidarität unter den Opfern auf eindrückliche und berührende Weise. – Unterstützen wir sie in ihrem Kampf für Gerechtigkeit!

¹ Gemeint sind Monsanto und Dow Chemical, die Niederlassungen in Vietnam haben.

² Das ist um so bemerkenswerter, als die Beziehungen zwischen den beiden Ländern gegenwärtig äusserst angespannt sind, und zwar aufgrund der Ansprüche verschiedener Anrainerländer auf die Paracelsus und die Spratly Inseln im Ostmeer, das von China als Südchinesisches Meer bezeichnet wird. Es ist deswegen in den vergangenen Monaten jeweils am Sonntag in der Hauptstadt Hanoi zu Demonstrationen von ein paar Hundert Vietnamesen und Vietnamesinnen gekommen.

³ Siehe: http://www.publichealth.va.gov/exposures/agentorange/conditions/birth_defects.asp

Fortsetzung von Seite 1

verfügt über keine finanziellen Mittel. Das Problem der Folgen der Sprühaktionen ist also weit entfernt davon, gelöst zu werden.

Doch ein Punkt verdient hervorgehoben zu werden: Die Dialoggruppe wendet sich direkt an die amerikanische Regierung mit der Aufforderung, den grössten Teil der nötigen Mittel bereitzustellen.

Die humanitäre Hilfe steht in keinem Verhältnis zu dem was nötig wäre. Deshalb muss die Unterstützung für Vietnam und die gerechte Entschädigung für die Opfer auf der Ebene der Staaten organisiert werden. Die Firmen, welche die Entlaubungsmittel hergestellt haben, vor allem Monsanto und Dow Chemical, müssen sich an dieser Unterstützung beteiligen und so die Verantwortung für ihr Handeln übernehmen.

In Ivry (Frankreich) haben sich am 21. Mai 2011 anlässlich des 50. Jahrestags der Gründung der Association d'Amitié Franco-Vietnamienne die VertreterInnen von Solidaritätsorganisationen mit Vietnam darauf verständigt, die Öffentlichkeit erneut auf die Tragödie hinzuweisen, die sich in Vietnam abspielt, mehr als 35 Jahre nach Ende des Krieges. Sie wollen ihre Anstrengungen darauf richten, in ihren jeweiligen Ländern Abgeordnete von der Notwendigkeit einer schnellen und massiven Hilfe für die vietnamesischen Opfer von Agent Orange und für das Land Vietnam, dessen Natur durch die Entlaubungsmittel verwüstet worden ist, zu überzeugen.

Freundschaftsgesellschaft mit Vietnam aus Frankreich, der Schweiz, Belgien, Deutschland, Grossbritannien und Italien.

Unterstützende Organisationen in der Schweiz:

Association des Vietnamiens en Suisse; Dr. h.c. Daniel G. Hueskes; Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt; medico international schweiz; Schweizerische Friedensbewegung SFB

¹Gruppe von vietnamesischen und amerikanischen Wissenschaftlern und Politikern, gegründet 2007, um gemeinsam das Problem der Folgen von AO zu diskutieren und im Sinne der Humanitären Hilfe zu lösen. Organisiert wird die Arbeit vom Aspen-Institute, finanziert von der Ford-Stiftung.



Antikriegs-Protest in Los Angeles, Kalifornien: Demonstranten fordern eine Untersuchung zum Einsturz des «World Trade Building 7», des dritten Gebäudes, das am 11. September 2001 in New York zerstört worden war. Foto Damon D'Amato

Zehn Jahre nach 9/11:

Fragen, die bleiben

In diesen Tagen jährt sich der 11. September 2011 zum zehnten Mal. Wie gut hat sich die offizielle Darstellung dieses Ereignisses durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über diesen Zeitraum hinweg gehalten?

Von Paul Craig Roberts

Nicht besonders gut. Der Vorsitzende, der stellvertretende Vorsitzende und der führende Rechtsberater der 9/11-Kommission haben Bücher herausgebracht, in denen sie sich teilweise vom Bericht der Kommission distanzieren. Sie sagten, dass die Bush-Administration ihnen Hindernisse in den Weg gelegt hat, dass ihnen Informationen vorenthalten wurden, dass weder Präsident Bush noch Vizepräsident Cheney unter Eid aussagen wollten, und dass Funktionäre des Pentagons und der Luftfahrtsbehörde die Kommission belogen haben.

In ihrem Buch schrieben der Vorsitzende und sein Stellvertreter, Thomas Kean und Lee Hamilton, die 9/11-Kommission sei «ingerichtet worden, um zu scheitern.» Rechtsberater John Farmer, Jr., schrieb, dass die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika «entschieden hat, nicht die Wahrheit zu sagen über das, was geschehen ist» und dass die Tonbandaufzeichnungen des Luftraumverteidigungs-Kommandos NORAD «eine völlig andere Geschichte wiedergeben von dem, was uns und der Öffentlichkeit mitgeteilt worden ist.»

Die meisten Fragen der Familien des 9/11 wurden nicht beantwortet. Wichtige Zeugen wurden nicht einberufen. Die Kommission bekam nur Dinge zu hören, die die Version der Regierung unterstützten. Die Kommission war eine kontrollierte politische Operation, nicht eine Untersuchung von Ereignissen und Beweisen. Ihre Mitglieder setzten sich zusammen aus ehemaligen Politikern. Keine sachkundigen Experten wurden in die Kommission berufen.

Ein Mitglied der 9/11-Kommission, der ehemalige Senator Max Cleland, meinte zu den Einschränkungen, die der Kommission durch das Weisse Haus auferlegt worden waren: «Wenn es dabei bleibt, kann ich als Mitglied der Kommission keinem Amerikaner mehr in die Augen schauen, besonders nicht den Familienmitgliedern der Opfer, und sagen, wir hätten vollen Zugang gehabt.» Cleland legte lieber sein Amt nieder, als seine Integrität beschmutzen zu lassen.

Weder Cleland noch Mitglieder der Kommission deuteten an, dass 9/11 ein Inside Job war, um eine Kriegsagenda zu fördern. Dennoch wunderten sich weder der Kongress noch die Medien, zumindest nicht laut, warum

das Weisse Haus sich so lange der Bildung von jeglicher Art Kommission widersetze, sogar einer, die es unter seiner Kontrolle hatte.

Man würde annehmen, dass, wenn eine Handvoll Araber es schafften, nicht nur CIA und FBI, sondern alle 16 Geheimdienste der Vereinigten Staaten von Amerika, alle Geheimdienste unserer Alliierten einschliesslich des Mossad, den Nationalen Sicherheitsrat, das Aussenministerium, NORAD, die Flughafensicherheit, die Luftraumüberwachung etc. vier Mal an einem Vormittag auszutricksen, der Präsident, der Kongress und die Medien wissen wollen, wie es zu einem dermassen unwahrscheinlichen Ereignis kommen konnte. Stattdessen errichtete das Weisse Haus eine Mauer gegen Aufklärung, und der Kongress und die Medien zeigten wenig Interesse.

Auf eigene Faust

In den vergangenen zehn Jahren wurden zahlreiche Organisationen gegründet, die die Wahrheitsfindung über 9/11 zum Ziel haben.

Da gibt es die Architekten und Ingenieure für Wahrheit über 9/11, Feuerwehrleute für Wahrheit über 9/11, Piloten für Wahrheit über 9/11, Wissenschaftler für Wahrheit über 9/11, Remember Building 7.org (Erinnerung an WTC-Gebäude 7, das erst später eingestürzt ist), und eine New Yorker Gruppe, die Familienangehörige von 9/11-Opfern umfasst. Diese Gruppen fordern eine richtige Untersuchung.

David Ray Griffin hat zehn sorgfältig recherchierte Bücher geschrieben, in denen er Probleme in der Darstellung der Regierung dokumentiert. Wissenschaftler haben darauf hingewiesen, dass die Regierung keine Erklärung hat für den geschmolzenen Stahl. NIST (National Institute for Standard and Technology = Nationalinstitut für Standard und Technologie) musste zugeben, dass das WTC-Gebäude 7 grossteils in freiem Fall eingestürzt ist, und ein Team von Wissenschaftlern unter der Leitung eines Professors für Nanochemie der Universität Kopenhagen hat berichtet, dass es Nanothermit im Staub der Gebäude gefunden hat.

Larry Silverstein, der Pächter der World Trade Center-Gebäude, sagte in einer PBS-Sendung, dass die Entscheidung, Gebäude 7 «mitzunehmen,» am späten Nachmittag des 9/11

getroffen wurde. Leitende Feuerwehrleute sagten, dass keine gerichtliche Untersuchung über die Zerstörung des Gebäudes durchgeführt wurde, und dass das Fehlen einer Untersuchung gegen das Recht verstösst.

Einige Anstrengungen wurden unternommen, um einige der Beweise wegzuerklären, die dem offiziellen Bericht widersprechen, aber der grösste Teil der Gegenbeweise wird einfach ignoriert. Es bleibt die Tatsache, dass der Skeptizismus einer grossen Anzahl sachkundiger Experten keine andere Auswirkung auf die Position der Regierung hatte als den Vorschlag eines Mitglieds der Obama-Administration, die Regierung solle die 9/11-Wahrheits-Organisationen infiltrieren, um diese zu diskreditieren.

Experten, die von der Sache der Regierung nicht überzeugt waren, wurden als «Verschwörungstheoretiker» hingestellt. Aber natürlich ist die Theorie der Regierung eine Verschwörungstheorie, eine sogar weniger wahrscheinliche, erfasst man erst einmal die vollen Auswirkungen des Versagens von Geheimdiensten und Zuständigen. Die begangenen Fehler sind ausserordentlich gross, dennoch wurde niemand jemals dafür zur Verantwortung gezogen.

Und weiter, was haben 1 500 Architekten und Ingenieure davon, wenn sie als Verschwörungstheoretiker lächerlich gemacht werden? Sie werden gewiss nie mehr einen Auftrag von der Regierung bekommen und viele hatten sicher geschäftliche Nachteile aufgrund ihrer «antiamerikanischen» Einstellung. Ihre Konkurrenten mussten ihre «unpatriotischen Zweifel» ausgenutzt haben. Meine Belohnung dafür, dass ich darüber berichte, wie die Dinge zehn Jahre nach dem Ereignis stehen, wird voraussichtlich in Post bestehen, in der mir mitgeteilt wird, dass ich, nachdem ich Amerika so sehr hasse, mich nach Kuba verkrümmeln soll.

Wissenschaftler haben entsprechend weniger Anreiz, Zweifel zu äussern, was wahrscheinlich erklärt, warum es nicht 1 500 Physiker für Wahrheit über 9/11 gibt. Wenige Physiker haben Berufsmöglichkeiten ausserhalb des Bereichs, der der Regierung untersteht. Es war der Hochschullehrer für Physik David Chandler, der NIST zwang, ihren Bericht über den Einsturz des WTC-Gebäudes 7 zu widerrufen. Der Physiker Stephen Jones, der als erster über Beweise für den Einsatz von Sprengstoffen berichtete, verlor seine Anstellung an der Brigham Young Universität, welche ohne Zweifel von der Regierung unter Druck gesetzt wurde.

Wir können widersprüchliche Beweise wegerklären als Zufälle und Fehler und die Schlussfolgerung zie-

hen, dass nur die Regierung alles richtig erfasst hat – die gleiche Regierung, die alles andere falsch gemacht hat.

In Wirklichkeit hat die Regierung gar nichts erklärt. Der NIST-Bericht ist nur eine Simulation, was den Einsturz der Türme verursacht haben könnte, wenn die Eingaben der Vermutungen von NIST in das Computermodell stimmen. NIST legt allerdings keine Beweise dafür vor, dass diese Vermutungen den Fakten entsprechen.

WTC-Gebäude 7 wurde in dem Bericht der 9/11-Kommission nicht erwähnt, und viele Amerikaner haben noch immer keine Ahnung, dass am 9/11 drei Gebäude eingestürzt sind.

Inkompetenz

Lassen Sie mich eindeutig meinen Standpunkt darlegen. Ich sage nicht, dass irgendeine finstere Kommando-truppe in der neokonservativen Bush-Administration die Gebäude in die Luft gejagt hat, um der neokonservativen Agenda eines Krieges im Mittleren Osten zum Durchbruch zu verhelfen. Wenn es Beweise gibt für eine Vertuschung, dann könnte das die Regierung betreffen, die ihre Inkompetenz vertuscht, nicht ihre Komplizenschaft bei dem Ereignis. Sogar wenn es hieb- und stichfeste Beweise gäbe für eine Komplizenschaft der Regierung, ist nicht sicher, dass die Amerikaner diese akzeptieren könnten. Architekten, Ingenieure und Wissenschaftler leben in einer durch Fakten bestimmten Gemeinschaft, aber für die meisten Menschen kommen die Fakten in ihren Auswirkungen an die Emotionen nicht heran.

Mein Punkt ist, wie wenig Interesse die Regierung, die Sicherheitsagenturen, der Kongress, die Medien und ein grosser Teil der Bevölkerung an dem bestimmenden Ereignis unserer Zeit haben.

Es besteht kein Zweifel daran, dass 9/11 das entscheidende Ereignis ist. Er führte in ein Jahrzehnt ständig expandierender Kriege, zur Zerschneidung der Verfassung und in einen Polizeistaat. Am 22. August berichtete Justin Raimondo, dass er und seine Website Antiwar.com von der Abteilung für elektronische Kommunikationsanalyse des FBI überwacht werden, um herauszufinden, ob sie eine «Bedrohung der nationalen Sicherheit» darstellen «im Interesse einer ausländischen Macht.»

Francis A. Boyle, ein international bekannter Professor und Anwalt für Internationales Recht, hat berichtet, dass er, nachdem er sich einer gemeinsamen Aufforderung von FBI-CIA, das Anwalt-Klienten-Privileg zu missachten und als Spitzel gegen seine arabisch-amerikanischen Klienten zu arbeiten widersetzt hatte, auf die Terroristen-Watchlist der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gesetzt wurde.

Boyle ist ein Kritiker der Einstellung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber der muslimischen Welt, aber Raimondo hat niemals irgendeinen Verdacht betreffend eine Komplizenschaft der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika an 9/11 geäussert und auch nicht in Beiträgen anderer zugelassen. Raimondo ist nur gegen Krieg, und das reicht für das FBI, ihn als mögliche Bedrohung der nationalen Sicherheit zu überwachen.

Grundlage für Kriege

Die Darstellung des 9/11 durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bildet die Grundlage für die unbefristeten Kriege, die Amerikas Ressourcen verschlingen und seine Reputation zerstören, und bildet auch die Grundlage für den heimischen Polizeistaat, der letztlich jeden Widerstand gegen die Kriege abwürgen wird. Die Amerikaner sind gebunden an die Geschichte der muslimisch terroristischen Attacke des 9/11, weil diese es ist, die die Schlächterei von Zivilbevölkerungen in verschiedenen muslimischen Ländern rechtfertigt, und die den Polizeistaat im Inneren als einzige Möglichkeit erscheinen lässt, sich gegen Terroristen, zu schützen, die sich mittlerweile zu «heimischen Extremisten» gewandelt haben, zu Umweltschützern zum Beispiel, zu Tierschützern und Antikriegsaktivisten.

Heute gibt es für die Amerikaner keine Sicherheit, nicht wegen der Terroristen und heimischen Extremisten, sondern weil sie ihre bürgerlichen Rechte verloren haben und somit keinen Schutz geniessen vor unberechenbarer Machtausübung der Regierung. Man würde meinen, dass die Frage, wie es dazu gekommen ist, eine öffentlichen Debatte und Anhörungen im Kongress wert sein sollte.

www.foreignpolicyjournal.com
Deutsch von www.antikrieg.com

21. September
**Internationaler
Tag des Friedens**

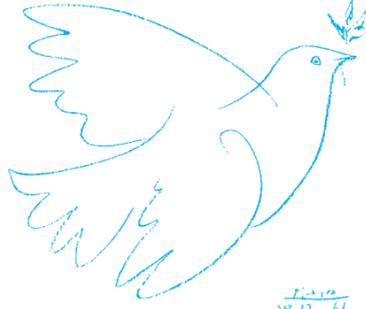
Vom
**«Krieg gegen
den Terrorismus»
zur Selbstbefreiung**

10 Jahre 11. September
und die Arabellion – Bilanz und Perspektiven

mit **Andreas Zumach**
Journalist und UNO-Korrespondent in Genf

Mittwoch, 21. September 2011
19.30 Uhr, Rialto, Basel

Schweizerische Friedensbewegung SFB



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis Exemplare «UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____



«Familienphoto»: Vo Nguyen Giap 1996 im Kreis von Schweizerischen Freundinnen und Freunden. Links aussen Anjuska Weil von der Vereinigung Schweiz-Vietnam, rechts aussen Louise Stebler von der Schweizerischen Friedensbewegung.

General Vo Nguyen Giap zum 100. Geburtstag

Friedenskämpfer

General Vo Nguyen Giaps Leben ist durch die Geschichte Vietnams geprägt, und General Giap hat die Geschichte Vietnams geprägt. Befreiung und Frieden, dafür hat der Weggefährte Ho Chi Minhs gekämpft – und gesiegt.

Von Anjuska Weil

Geboren am 25. August 1911 als Sohn eines Dorfschullehrers, Gymnasiast am französischen Lyzeum in Hue, Student, dann Lehrer in Hanoi, wegen der Teilnahme am antikolonialen Widerstand 13 Monate im Gefängnis Thua Phu in Hue, Mitbegründer des Viet Minh, dies sind Stationen des jungen Kämpfers.

Vom Zentralkomitee mit dem Aufbau einer Volksarmee und der Schaffung von Guerilla-Verbänden betraut, wurde er zum umsichtigen Strategen und Logistiker des neunjährigen Befreiungskrieges gegen die französische Kolonialmacht, welche die vietnamesischen Verbände in der historischen Schlacht von Dien Bien Phu schliesslich besiegte. Dieser Sieg wurde weit über Vietnam hinaus für alle Kolonialvölker ein Fanal der Befreiung.

Inzwischen Verteidigungsminister der Demokratischen Republik Vietnam, war General Vo Nguyen Giap im Kampf gegen die US-amerikanischen Invasoren erneut eine Schlüsselfigur der Befreiung und – nach dem Sieg über die USA und die mit ihr verbündete Regierung Südvietnams – der Wiedervereinigung des Landes.

Im Herbst 1996 weilte General Giap in Zürich. Vietnam-Bewegte aus der Centrale Sanitaire Suisse (heute medico international schweiz), der Partei der Arbeit, der Schweizerischen Friedensbewegung und der Vereinigung Schweiz-Vietnam hatten die

Gelegenheit, sich mit dem General zu treffen. Dabei fanden sie einen 85-jährigen altersmilden Mann, mehr Philosoph denn Militärkopf, der mit grosser Einfachheit und Herzlichkeit über die Notwendigkeit sprach, sich weltweit zu engagieren für Frieden, Menschlichkeit und Demokratie. Kein Wort des Hasses kam über seine Lippen. «Unser Kampf war ein Kampf für den Frieden», erklärte er mit Nachdruck. Und: «Es ist nicht die Grösse eines Landes, die zählt, es ist der gemeinsame Wille eines ganzen Volkes, seine Entschlossenheit, die letztlich zur Befreiung führt.» General Giap wusste wovon er sprach. Nie in all den Jahren des ersten und des zweiten Unabhängigkeitskampfes hat er ob der militärischen Logik die politische Dimension vernachlässigt, den Willen der Bevölkerung gering geschätzt oder seine Intelligenz in internen Machtkämpfen verschwendet.

Wir gratulieren General Vo Nguyen Giap herzlich zu seinem 100. Geburtstag und schicken unsere guten Wünsche nach Hanoi in die Pflegeabteilung des Militärspitals 108, wo er rund um die Uhr betreut wird.

Anlässlich des 50. Jahrestages des Sieges über die französischen Kolonialtruppen in Dien Bien Phu sprach Günter Giesenfeld im Juli 2004 in Hanoi mit dem Architekten dieses Sieges, mit General Giap. Er fragte ihn unter anderem, warum Ho Chi

Minh damals ihn, einen Wissenschaftler und Lehrer, zum Oberbefehlshaber der neu zu gründenden «Befreiungsarmee» gemacht, wo es doch viele professionelle, in der Sowjetunion oder China ausgebildete Militärs gab?

Vo Nguyen Giap antwortete u.a.: «Das war im Dezember 1944. Wir bereiteten den allgemeinen Aufstand vor und lebten im Dschungel, in Cao Bang im Norden. Da gab es ein Treffen, um die allgemeine Situation zu erörtern. Überall war die Bevölkerung zum Aufstand übergegangen, und wir mussten darauf reagieren. Bei dem Treffen war Präsident Ho Chi Minh dabei, ebenfalls zwei oder drei Genossen, die eine professionelle militärische Ausbildung genossen hatten, etwa in China. Und ich, der ich in der Region sowieso ständig arbeitete. Ich war mit der Propaganda unter den Massen beschäftigt. Ich habe mit den ethnischen Minderheiten gearbeitet, die nicht vietnamesisch sprachen. Deshalb hatte ich drei Minderheitensprachen gelernt. Vor allem habe ich die Arbeit der «Selbstverteidigungsgruppen» koordiniert und ausgebildet, die überall regional und lokal entstanden waren.

Bei dem Treffen war ich sehr erstaunt, als der Präsident plötzlich sagte: «Die Phase des rein politischen Kampfes ist vorbei. Aber die Situation hat sich noch nicht so weit entwickelt, dass ein bewaffneter Aufstand möglich wäre. Wir brauchen eine Übergangs-Arbeitsform. Sicher, langfristig werden wir eine Befreiungsarmee haben, aber wir beginnen mit dem Aufbau einzelner Sektionen, die auch noch Propagandafunktionen ausüben. Der Beginn der Befreiungsarmee wird also eine Propagandaeinheit sein.»

Alle waren einverstanden, dann fragte mich der Präsident, ob ich diese Aufgabe übernehmen könne. Er beauftragte mich, in der Bevölkerung 34 Kämpfer auszuwählen, und zwar unter den Selbstverteidigungseinheiten, und am nächsten Tag formierten wir so die erste Propagandaeinheit der Befreiungsarmee.»

«Wir haben die Schlacht von Dien Bien Phu am 7. Mai (1954. Red.) gewonnen. Am selben Abend schickte ich dem Präsidenten ein Telegramm. Am 8. Mai erhielt ich von ihm eine Antwort, ein Glückwunschtelegramm. In diesem Telegramm stand folgender Satz: «Der Sieg ist gross, aber es ist nur der Anfang.» Eine Woche später war ich im Hauptquartier des Präsidenten. Das war immer noch im Dschungel, ich brauchte zu Pferd eine Woche, um da hinzukommen. Er kam vor sein Zelt, um mich zu begrüssen, er drückte mir die Hand, er umarmte mich und sagte: «Ich wünschte mir, dass dies schon der Sieg sei. Aber wir müssen wohl noch gegen die Amerikaner kämpfen.»

Was war der Unterschied in diesem neuen Kampf gegenüber dem, der mit dem Sieg von Dien Bien Phu geendet hatte? In Dien Bien Phu hatte es zunächst geheissen: «Schneller Angriff, schneller Sieg», dann: «Angriff nur, wenn Erfolg sicher, und Sieg später» (das waren 55 Tage). Bei der letzten Schlacht gegen die Amerikaner 1975 gingen wir davon aus, dass dieser Kampf zwei Jahre dauern würde.

Wer Kultur hat, gewinnt

Das Hauptkontingent der feindlichen Truppen war in Tourane (Da Nang, Red.) konzentriert. Ich liess alle Divisionen zusammenführen und gab den Befehl, in drei Tagen anzugreifen. Es war sehr schwierig, unter dem Artilleriefeuer bis dorthin zu gelangen, aber als wir schliesslich ankamen, war die Mehrzahl der Soldaten weg, sie hatten den Rückzug gewählt.

Das war eine neue Situation, die unseren Plan, in zwei Jahren die Befreiung zu vollenden, in Frage stellte. Ich sagte: «Nein. Der Feind hat ja schon jetzt keinen Kampfgeist mehr, es gibt sogar Zeichen dafür, dass sich die Truppen in Auflösung befinden. Jetzt müssen wir also schnell angreifen.» Ich gab also die Parole heraus: «Mut, Mut, Schnelligkeit, Vorrücken in den Süden Minute für Minute, um unser Land zu befreien.» Das war der Wortlaut meines Telegramms.

Da gab es aber noch ein anderes Problem, das wir später «Dien Bien Phu am Himmel» nannten. Der Präsident sagte: «Die modernste Waffe der Amerikaner, das sind die B 52. Und wir müssen diese B 52 am Himmel von Hanoi schlagen». Das hiess auch hier, durch überraschende Angriffe Verwirrung zu stiften, damit sie sich zurückziehen. Die B 52 galten als unbesiegt, denn sie flogen so hoch, dass sie von keiner Luftabwehr erreicht werden konnten. Die Mittel, die wir schliesslich anwendeten, waren: Radar, weil man sie ja nicht sehen konnte, und die SAM-Raketen. Ich begab mich zu der Zeit in die Zentrale

der Luftabwehr, wo daran gearbeitet wurde. Wir benutzten die SAM 2 Raketen. Es gab zwar schon das Nachfolgemodell SAM 3, aber von diesen Raketen war noch keine bei uns angekommen, sie lagen noch an der Grenze. Unsere sowjetischen Freunde sagten: «Unsere vietnamesischen Freunde sind die besten Raketentechniker, die die SAM 2 je benutzt haben.» In der Tat, es war sehr schwierig, auch mit diesen modernen Raketen, die B 52 zu treffen. Aber es gelang uns. Dies war entscheidend, nicht so sehr die schnellen Erfolge im Süden. Wenn wir die B 52 nicht ausgeschaltet hätten (wir haben über Hanoi 34 Stück von ihnen abgeschossen, etwa 10 % des gesamten Flotte), wäre der Sieg unmöglich gewesen.

Wir haben gesiegt, weil unser Volk eine tausendjährige Geschichte und eine tausendjährige Kultur des Patriotismus hat. Wir haben in dieser Geschichte 17 Invasionen zurückgeschlagen, einschliesslich derjenigen japanischer und chinesischer Truppen. Kublai Khan und die Mongolen haben drei mal Hanoi erobert. Unser Volk hat immer gesagt: «Besser sterben als in Sklaverei leben. Man muss Herr im eigenen Land sein.»

Das wichtigste ist, dass der Mensch selbst über sein Schicksal entscheidet. Aber es muss ein Mensch sein, der Kultur hat. Derjenige, der Kultur hat, wird gewinnen. Alle Menschen, die auf der Welt leben, streben nach dem Recht zu leben und dem Recht, sich zu entwickeln. Deshalb sind wir, trotz allem, Optimisten.»

SFB in eigener Sache

Wechsel auf dem SFB-Sekretariat

Liebe Friedensfreunde,
Ab Oktober werde ich Ruedi Moser als Sekretär der SFB ablösen. Deshalb möchte ich mich hier kurz vorstellen:

Ich bin 24 Jahre alt und Student der Geschichte und Wirtschaftswissenschaften im 4. Semester. Davor habe ich in Bern Jura bis zum Bachelor studiert. Ich bin in der Genossenschaft Riehentor und damit sozusagen mit der SFB aufgewachsen und schon als Kind an so manchen Ostermarsch mitgenommen worden. Auch sonst habe ich mich früh für Politik und internationale Konflikte interessiert. 2008 durfte ich die SFB an der Tagung des Weltfriedensrates in Caracas vertreten (siehe UW Nr. 2/2008). Auch wenn meine Tätigkeit als Sekretär grundsätzlich rein administrativer Natur sein wird, ist mir bewusst, dass ich einer Generation angehöre, die in der SFB stark untervertreten ist. Was nicht heisst, dass sich meine Generation nicht für Friedensförderung interessiert, wie man seit den Antikriegsdemonstrationen für Irak und Afghanistan gesehen hat. Es ist mir daher ein besonderes Anliegen dabei zu helfen, eine Brücke zwischen der älteren, noch vom Kalten Krieg geprägten Generation, und der meinen zu schlagen. Denn abgesehen davon,



dass von diesem Austausch beide Seiten nur profitieren können, macht insbesondere die Anbindung an den Weltfriedensrat, welcher Organisationen aus über 100 Ländern unter sich vereinigt, die SFB für die Schweiz einzigartig. In diesem Sinne freue ich mich auf eine interessante und verantwortungsvolle Tätigkeit.

Jonas Jäggi